

## Beschluss (vorläufig) Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 14.02.2026

Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 4 des Landeswahlprogramms (Gleichstellung, Antidiskriminierung, Geflüchtete, Queeres, Inklusion, Rechtsextremismus, Kultur, Medien, Religion, Demokratie)

Berlin ist eine Stadt, in der Freiheit, Vielfalt und Solidarität zu Hause sind. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen, Identitäten und Lebensweisen und prägen gemeinsam das Bild unserer Stadt. Für uns Bündnisgrüne ist Berlin ein Versprechen: dass jede\*r hier selbstbestimmt leben, sich entfalten und mitgestalten kann. Wir Bündnisgrüne wollen, dass dieses Versprechen wieder eingelöst wird – mit einer Politik, die Menschen befähigt, ihr Leben selbst zu gestalten, gleiche Chancen schafft und Diskriminierung entschieden entgegtritt.

Ein Berlin für alle heißt, dass Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv gefördert wird. Wir setzen auf Gleichstellung, Antidiskriminierung und Teilhabe von queeren Menschen, FLINTA\*, Geflüchteten, BiPoC, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderungen. Wir gestalten Strukturen, die schützen und befähigen, schaffen offene und sichere Räume und stärken Institutionen, die die Vielfalt Berlins widerspiegeln. Zugleich verteidigen wir unsere Demokratie gegen Hass und Hetze und stärken jene, die sich tagtäglich für Freiheit und Gerechtigkeit einsetzen. Wir stehen für eine menschenrechtsbasierte, wertegeleitete Asylpolitik. Berlin ist Schutzraum und sicherer Hafen.

Berlin ist Zuhause für Kultur, Kunst, und Kreativität. Von den großen bis zu den kleinen Bühnen, von Museen, Graffiti und Clubs bis zu den Ateliers in den Kiezen. Diese Vielfalt macht unsere Stadt lebendig, stark und resilient. Wir sichern kulturelle Teilhabe für alle, künstlerische Freiheit, faire Arbeitsbedingungen und eine verlässliche Förderung für Kreativschaffende, damit Berlins kulturelle Landschaft auch künftig Raum für Neues, für Widerspruch und für Begegnung bleibt. Wir schützen die Freiheit des Glaubens ebenso wie die Freiheit, keiner Religion anzugehören, und fördern den interreligiösen Dialog als Brücke des Austauschs und Zusammenhalts. Eine starke Demokratie lebt vom Mitmachen – durch Bildung, Beteiligung und Zivilcourage. Denn ein Berlin für alle bedeutet, dass jede\*r gehört wird und die Vielfalt dieser Stadt als gemeinsames Versprechen begreift.

### 4.1. Strukturelle Gleichstellung – fair, selbstbestimmt und verbindlich

Für uns Bündnisgrüne ist ein intersektionaler Feminismus essentiell. Wir wollen, dass in Berlin alle Frauen, Lesben, inter\*, nicht-binären, trans\* und agender Personen (FLINTA\*) frei und ökonomisch unabhängig leben können. Lohnarbeit soll gerecht bezahlt und Care-Arbeit fair verteilt sein – und zwar überall. Wir wollen Gesundheitsversorgung für alle FLINTA\* bedarfsgerecht, diskriminierungsfrei und selbstbestimmt aufstellen. Deshalb setzen wir uns auch für eine gezielte Fort- und Weiterbildung von Fachpersonal ein. Bündnisgrüne Politik sichert strukturelle Gleichstellung mit verbindlichen Strategien, einem Paritätsgesetz für das Parlament, fairer Finanzierung, transparenter Personalpolitik, Equal Pay, gezielter Förderung von Gründer\*innen und Frauen in MINT-Berufen und Programmen für den Wiedereinstieg nach Familienphasen. Flexible Arbeitsmodelle sowie eine gut ausgebaute Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur entlasten und eröffnen Chancen. Bildung, Ausbildung und Berufschancen werden gezielt gefördert, soziale Träger dauerhaft abgesichert. Berlin wird Vorreiterin

40 einer feministischen Politik, die Vielfalt schützt, marginalisierte Gruppen gezielt  
41 einbezieht, Teilhabe stärkt und Gerechtigkeit für alle schafft.

42 Doch geschlechtsspezifische Gewalt – ob häuslich, psychisch, sexualisiert oder digital –  
43 gehört für viele FLINTA\* noch immer zum Alltag. Die vorhandenen Schutzplätze reichen nicht  
44 aus und für marginalisierte Gruppen bestehen oft hohe Zugangshürden. Frauen verdienen im  
45 Schnitt weniger als Männer, tragen den Großteil unbezahlter Care-Arbeit und sind in  
46 Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Im Gesundheitswesen fehlen vielerorts  
47 spezifische, diskriminierungsfreie und mehrsprachige Angebote. Bei Sexarbeitenden überlagern  
48 Stigmata, fehlender Schutz, mangelnde Gesundheitsversorgung und Unsicherheit den Zugang zu  
49 Rechten und Unterstützung.

50 Gleichstellung konsequent vorantreiben

51 Wir Grüne wollen das Gender-Budgeting im Landeshaushalt konsequent weiterentwickeln. Dazu  
52 gehören ein wirksames Controlling durch eine gestärkte Leitstelle bei der  
53 Senatsfinanzverwaltung sowie die Ausweitung auf weitere Produkte und Diversitätsmerkmale.

54 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie mit klaren Kriterien und Vorgaben muss  
55 intersektional alle Diskriminierungsformen berücksichtigen. In den Bezirken werden die  
56 Gleichstellungsbeauftragten gestärkt. Über verbindliche Förderprogramme, Zielvereinbarungen  
57 mit landeseigenen Betrieben und Beteiligungen, transparente Auswahlverfahren und Quoten,  
58 Equal Pay, die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, in der Wissenschaft und im Handwerk,  
59 Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf, Programme für den beruflichen  
60 Wiedereinstieg sowie den Ausbau von Kinderbetreuung und Pflegeinfrastruktur sichern wir die  
61 strukturelle Gleichstellung. Flexible Arbeitsmodelle sorgen dafür, dass Erwerbs- und Care-  
62 Arbeit fair verteilt werden.

63 Prävention stärken und Schutzräume ausweiten

64 Wir erkennen geschlechtsspezifische Gewalt – insbesondere Gewalt gegen Frauen – als  
65 gesamtgesellschaftliches Problem an. Prävention und Bekämpfung dürfen nicht bei den  
66 Betroffenen liegen, sondern erfordern ein konsequentes und planvolles Handeln der gesamten  
67 Gesellschaft.

68  
69 Deshalb stellen wir sicher, dass alle Anlaufstellen für Betroffene verbindlich  
70 sensibilisiert und geschult werden. Bei der Polizei etablieren wir standardisierte Verfahren  
71 im Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt nach spanischem Vorbild. Die  
72 Anordnung von Schutzmaßnahmen soll dabei regelbasiert erfolgen und nicht von individuellen  
73 Gefährdungseinschätzungen einzelner Beamt\*innen abhängen. Wir befürworten die Einführung der  
74 elektronischen Fußfessel, bei der die betroffene Person auch die Möglichkeit hat sich  
75 benachrichtigen zu lassen. Auch das Personal in Krankenhäusern, insbesondere in  
76 Notaufnahmen, wird fortgebildet, um Gewalteinwirkungen frühzeitig zu erkennen und  
77 Betroffenen Beratung und Unterstützung anzubieten.

78 Wir Grüne setzen das Gewalthilfegesetz konsequent um. Die Bundesmittel hierfür werden wir  
79 für zusätzliche Maßnahmen ausgeben. Wir schaffen mehr Beratungsangebote, zwei neue  
80 Frauenhäuser, mehr Zweite-Stufe-Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie  
81 suchtmittelakzeptierende Einrichtungen und Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für  
82 marginalisierte Gruppen. Die Sprachmittlung und Housing First für Frauen werden ausgebaut,  
83 Notunterkünfte für FLINTA\* erweitert. Digitale Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir mit  
84 spezialisierten Online-Beratungsangeboten, Sensibilisierungskampagnen und verpflichtenden

85 Schulungen für Polizei und Justiz. An den Strafgerichten schaffen wir eine  
86 Sonderzuständigkeit für Sexualdelikte. Zugänge zu Schutz, Beratung und Unterbringung müssen  
87 unabhängig vom Aufenthaltsstatus zugänglich sowie barrierefrei, mehrsprachig,  
88 diskriminierungsfrei und traumasensibel gestaltet und allen Betroffenen zugänglich sein.

89 Wir begrüßen, dass der schwarz-rote Senat zentrale grüne Forderungen umsetzt: die  
90 Verlängerung von Wohnungswegweisungen für Täter\*innen häuslicher Gewalt von 14 Tagen auf  
91 vier Wochen, die Verankerung von Kontakt- und Näherungsverboten im Berliner  
92 Sicherheitsgesetz sowie die Einrichtung eines Betroffenenbeirats. Auch die  
93 interdisziplinären Fallkonferenzen, die eine stärkere Zusammenarbeit von Polizei,  
94 Jugendämtern und Beratungsstellen bei konkreten Fällen häuslicher Gewalt ermöglichen, werden  
95 auf unsere Vorschläge hin vom Berliner Senat eingesetzt. Die Istanbul-Konvention ist ein  
96 Instrument, das uns dazu verpflichtet, notwendige Maßnahmen für den Schutz von Frauen und  
97 Mädchen vor Gewalt und die Förderung ihrer Rechte festzulegen, die über den Status quo  
98 hinausgehen. Wir setzen die Punkte der Konvention konsequent um. Dafür stärken wir sowohl  
99 Präventionsmaßnahmen in Schulen, bei Sozialämtern oder im digitalen Raum, als auch die  
100 Täterarbeit zum Beispiel mit Anti-Agressionstrainings. Eine verbesserte Datenerhebung soll  
101 zudem eine wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung auf Basis  
102 verlässlicher Daten ermöglichen. Der Grundsatz „Wer schlägt, der geht“ aus dem  
103 Gewaltschutzgesetz muss in der Berliner Justiz, den Jugendämtern und der Polizei noch  
104 konsequenter umgesetzt werden. Die landeseigenen Wohnungsgesellschaft sollen diesen  
105 Grundsatz in ihren Mietverträgen verankern und hervorheben. Wir senken die Hürden für eine  
106 eheunabhängige Aufenthaltserlaubnis. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, "Catcalling"  
107 unter Strafe zu stellen.

108 Digitale Gewalt wirksam bekämpfen

109  
110 Digitale Gewalt ist eine zentrale Form geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie reicht von  
111 Hassrede, Bedrohungen und Cyberstalking bis hin zu bildbasierter sexualisierter Gewalt und  
112 der nicht-einvernehmlichen Verbreitung privater Inhalte. Sie trifft Frauen, Mädchen und  
113 queere Personen besonders häufig. Sie schränkt ihre gesellschaftliche Teilhabe massiv ein  
114 und verletzt ihre Persönlichkeitsrechte. Wir werden Beratungs- und Unterstützungsangebote  
115 für Betroffene digitaler Gewalt ausbauen, berlinweite Melde- und Dokumentationsstrukturen  
116 stärken sowie Fortbildungsprogramme für Polizei, Justiz, Verwaltung, Schulen und Jugendhilfe  
117 zu digitaler Gewalt umsetzen. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz  
118 müssen dabei berücksichtigt werden.

119 Gesund und selbstbestimmt leben

120 Wir Grüne schaffen eine diskriminierungsfreie und flächendeckende Gesundheitsversorgung für  
121 Frauen und FLINTA\*. Dabei berücksichtigen wir gezielt Mehrfachdiskriminierung im  
122 Gesundheitswesen, etwa durch Rassismus, Behinderung, Queerfeindlichkeit oder fehlende  
123 Sprachmittlung. Dazu gehören der Ausbau frauengesundheitlicher, queersensibler und  
124 mehrsprachiger Angebote, zusätzliche Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und die  
125 Verankerung der Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Ausbildung. In  
126 Schulen und Jugendeinrichtungen stellen wir die Verfügbarkeit erweiterter  
127 Aufklärungsangebote zu Menstruation und Verhütung sicher, außerdem werden  
128 Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten und in öffentlichen Gebäuden kostenfrei  
129 bereitgestellt, wie es manche Bezirke bereits tun. Zur Gesundheitsvorsorge gehört auch eine  
130 Erweiterung des Angebots an kostenfreien und barrierefreien öffentlichen Toiletten -  
131 ausgestattet mit kostenfreien Menstruationsartikeln. FLINTA\*, die sich in den Wechseljahren  
132 befinden, haben ein Recht auf gesundheitliche Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen.

Wir wollen Aufklärung, Forschung und konkrete Maßnahmen, wie eine Wechseljahres-Strategie für die Berliner Verwaltung, damit FLINTA\* in dieser Lebensphase selbstbestimmt, fair und gesund leben können. Um allen Frauen eine medizinische Versorgung zu ermöglichen, wollen wir ein flächendeckendes Angebot an Gynäkolog\*innen und Urolog\*innen in allen Bezirken sichern und dabei auch ein Augenmerk auf trans\*, nicht-binäre und behinderte Menschen legen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung von § 218 des Strafgesetzbuchs ein, weil das Recht von Schwangeren, über ihren eigenen Körper und ihre reproduktive Gesundheit zu entscheiden, ein unveräußerlicher Teil ihrer Selbstbestimmung und Gleichberechtigung ist. Dafür wollen wir den von der Union im Bundestag verhinderten Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches in den Bundesrat einbringen.

Schutz und Rechte für Sexarbeitende sichern

Um Sexarbeitende zu schützen, zu entkriminalisieren und zu entstigmatisieren, setzen wir Bündnisgrüne die Ergebnisse des unter Rot-Rot-Grün einberufenen „Runden Tisches Sexarbeit“ um und integrieren das Peer-Projekt „transSexWorks“ in das Koordinierungsgremium. Fachberatungsstellen werden um psychologische Beratungsangebote erweitert. Wir entwickeln gemeinsam mit den Bezirken Präventions- und Schutzkonzepte, besonders für den Kurfürstenviertel, mit dem Ziel, sichere, hygienische Arbeitsorte zu schaffen sowie eine bessere gesundheitliche Versorgung und eine qualifizierte rechtliche Beratung zu fördern. Damit unterstützen wir Sexarbeitende und tragen zur Entlastung des öffentlichen Raums bei. Freier\*innen, die in Freier\*innenforen und anderswo die Persönlichkeitsrechte von Sexarbeitenden verletzen, werden strafrechtlich verfolgt.

## 4.2. Berlin gegen Diskriminierung – Vielfalt konsequent schützen

Berlin ist eine Stadt, in der Vielfalt gelebt wird. In einer Zeit, in der versucht wird, uns auseinander zu drängen und viele Berliner\*innen angegriffen, ausgeschlossen und abgewertet werden, halten wir an unserem Berlin fest – einem Berlin, in dem alle dazugehören und gesehen werden. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen frei von Diskriminierung leben können – unabhängig von Herkunft, Religion, rassistischer Zuschreibung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderungen, Alter oder sozialer Lage. Antidiskriminierung ist für uns dabei eine Querschnittsaufgabe: Politik, Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft sollen ihr Handeln aktiv an Vielfalt und Gerechtigkeit ausrichten. Berlin braucht klare Zuständigkeiten, verbindliche Maßnahmen und dauerhafte Förderung bei der Arbeit gegen jede Form rassistischer Diskriminierung und für Empowerment betroffener Gruppen. Dabei ist eine bedarfsgerechte und langfristig abgesicherte Beratungsinfrastruktur zentral. Wir stärken Betroffene, ihre Perspektiven sollen gehört und repräsentiert werden. Vielfalt und Repräsentation sind für uns nicht nur ein Symbol, sondern gelebte Realität – sichtbar, wirksam und selbstverständlich.

Wir verteidigen Minderheiten und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen vor direkten Angriffen und den zunehmenden Versuchen, sie pauschal zu delegitimieren. Wir stärken Projekte, die sich für ein diverses und sicheres Berlin einsetzen, und fördern die Sensibilität für Diversität.

## 174 Strategie für Antidiskriminierung und Diversität entwickeln

175 Berlin hat sich unter grüner Regierungsbeteiligung zu einem bundesweiten Leuchtturm für eine  
176 progressive Politik der Vielfalt entwickelt, die sich gegen jede Form der Diskriminierung  
177 stellt. Diese Zeiten sind mit Schwarz-Rot schon lange vorbei. Wir Grüne akzeptieren diesen  
178 Stillstand nicht. Wir wenden uns entschieden gegen die ideologisch vorangetriebenen Angriffe  
179 auf zivilgesellschaftliches Engagement, gegen die Zerschlagung von Beratungsangeboten oder  
180 Präventionsstrukturen, die sich jeden Tag für Vielfalt, Teilhabe und Gleichbehandlung  
181 einsetzen.

182 Wir wollen, dass Berlin wieder Verantwortung übernimmt und voranschreitet: mit einer  
183 gesamtstädtischen Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie. Mit ihr wollen wir die  
184 unterschiedlichen bestehenden Programme gegen Diskriminierung und Förderung von Diversität  
185 zusammenführen, intersektional ausrichten sowie alle gesellschaftlichen Handlungsfelder und  
186 Institutionen auf strukturelle Diskriminierung prüfen und Berlin wieder zur Vorreiterin  
187 einer progressiven Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik machen. Die Strategie soll  
188 unter enger Einbindung von Wissenschaft, Expert\*innen und insbesondere den  
189 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Communities entwickelt werden. Die bisherigen  
190 Strukturen werden evaluiert und weiterentwickelt, klare Zuständigkeiten auf Landes- und  
191 Bezirksebene gesetzlich verankert und dauerhaft gestärkt. Parallel überarbeiten wir die  
192 veraltete Landeskonzption „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ gegen Rechtsextremismus,  
193 Antisemitismus und Rassismus grundlegend. Ziel ist der Abbau struktureller  
194 Ungleichbehandlung sowie der Aufbau gleichwertiger Beratungs- und Empowermentstrukturen für  
195 alle marginalisierten Gruppen.

196 Bestimmte Formen der Diskriminierung haben ohnehin bis heute zu wenig politische  
197 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken schließen – etwa durch den Berlin-  
198 Monitor, der wieder jährlich erscheinen soll und eng mit der Zivilgesellschaft abgestimmt  
199 wird. Wir wollen die Berliner Antidiskriminierungsarbeit um neue gesellschaftliche  
200 Handlungsfelder erweitern, wie etwa den Gesundheits- und Pflegebereich, den Bereich  
201 Wissenschaft und Hochschulen oder den Bereich der Diskriminierung im digitalen Kontext, und  
202 durch KI-Anwendungen ergänzen. Wir bauen diskriminierungskritische, mehrsprachige,  
203 niedrigschwellige und psychosoziale Unterstützung aus, stärken ein Förderprogramm für  
204 marginalisierte Selbstorganisationen, entwickeln die bezirklichen Beauftragtenstrukturen zu  
205 Diversityteams weiter und schaffen einen Aktionsplan, der Safer Spaces und Community-Orte in  
206 der ganzen Stadt schützt.

## 207 Landesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln

208 Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist eine bündnisgrüne Erfolgsgeschichte. Wir  
209 wollen es gemeinsam mit der Zivilgesellschaft evaluieren und weiterentwickeln, um seinen  
210 Schutz noch breiter wirksam werden zu lassen. Dazu novellieren wir das LADG: Wir erweitern  
211 den Merkmalskatalog um Diskriminierungsmerkmale wie Diskriminierung aufgrund des Gewichts,  
212 der Staatsangehörigkeit, des Aufenthaltsstatus oder des Familienstands und wenden das Gesetz  
213 verbindlich auch auf landeseigene Unternehmen an. Die Verjährungsfrist, also die Ansprüche  
214 auf Schadensersatz oder Entschädigung nach dem LADG, die bisher innerhalb von einem Jahr  
215 verjähren, wird auf drei Jahre verlängert, gleichzeitig steigen die Entschädigungshöhen zur  
216 Abschreckung. Ein Rechtshilfefonds wird Verbandsklagen erleichtern. Wir stärken die LADG-  
217 Ombudsstelle und stellen sie als unabhängige Behörde auf. Sie erhält ein Initiativrecht, ein  
218 eigenes Presserecht und eine Berichtspflicht. Unter dem Dach der LADG-Ombudsstelle wird eine  
219 unabhängige Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schulen eingerichtet. Auch auf

220 Bundesebene kämpfen wir für eine Stärkung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes mit der  
221 Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

222 Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Verwaltung stärken

223 Die Berliner Verwaltung muss bei der Entwicklung und Umsetzung von Antidiskriminierungs- und  
224 Diversitätsstrategien eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Diversity-Landesprogramm haben wir  
225 dazu 2020 auf den Weg gebracht, um die Förderung von Vielfalt bei der Personalgewinnung und  
226 im Personalmanagement zu stärken. In der Umsetzung durch Schwarz-Rot wurden viele Ziele aber  
227 nicht erreicht. Etliche Maßnahmen bleiben unverbindlich; es fehlt an einer  
228 senatsübergreifenden Steuerung. Wir Grüne wollen daher einen Neustart für das Diversity-  
229 Landesprogramm mit Verbindlichkeit für alle Verwaltungen. Zentrale Maßnahmen des  
230 Landesprogramms – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung von  
231 Ungleichbehandlung – wollen wir gesetzlich verankern. Dazu gehören auch unabhängige,  
232 diskriminierungskritische Untersuchungen der internen Organisationsstrukturen und -abläufe,  
233 die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und  
234 Diskriminierung sowie die Implementierung von Antidiskriminierungs- und  
235 Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Neben den bisherigen Schwerpunkten soll für die  
236 weitere Entwicklung ein neuer Fokus hinzutreten: die diskriminierungsarme Zugänglichkeit von  
237 Dienstleistungen der Verwaltung und damit verbundene Maßnahmen der  
238 Diskriminierungsprävention.

239 Wir Bündnisgrüne wollen zukünftig einen echten Diversitäts-Check einführen. Im Sinne eines  
240 modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats – insbesondere  
241 Gesetzesvorhaben – vorab auch auf potenziell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde  
242 Wirkungen hin untersucht werden. Politische und Verwaltungsentscheidungen müssen auf einer  
243 rassismus- und diskriminierungskritischen Datenlage basieren, die partizipativ und  
244 communitybasiert erhoben wird.

245 Das Berliner Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) ist ein herausragendes Beispiel  
246 für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in Berlin. Berlin hat dort – auf Initiative der  
247 Grünen – den bundesweit ersten Beirat für die Angelegenheiten der Sinti\*zze und Rom\*nja  
248 gesetzlich verankert. Insgesamt stellt das Gesetz einen bedeutenden Fortschritt in Richtung  
249 einer gerechteren und inklusiveren Stadtgesellschaft dar, die die Potenziale aller ihrer  
250 Mitglieder erkennt und fördert. Wir setzen das PartMigG konsequent um, sorgen für klare  
251 Zuständigkeiten in allen Senatsverwaltungen, ausreichende Ressourcen sowie verbindliche  
252 Beteiligungsstrukturen für Beiräte und Migrant\*innenorganisationen. Das Partizipations- und  
253 Migrationsgesetz (PartMigG) sorgt dafür, dass die Vielfalt Berlins auch in der Verwaltung  
254 sichtbar wird. Die letzte Befragung zeigt jedoch, dass der Anteil von Menschen mit  
255 Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst weiter deutlich unter dem der Stadtgesellschaft  
256 liegt. Wir wollen den gesellschaftlichen Anteil von Black, Indigenous and People of Color  
257 (BIPOC) und Menschen mit Rassismus- und Antisemitismuserfahrung in der Verwaltung durch  
258 verbindliche positive Maßnahmen erhöhen und als Zielvorgabe bis 2030 mindestens den  
259 Durchschnitt der Berliner Bevölkerung erreichen. Perspektivisch wollen wir eine umfassende  
260 Vielfaltsquote einführen, die alle Diversitätsdimensionen berücksichtigt. Berichtspflichten  
261 und Mitarbeitendenbefragungen nach dem novellierten PartMigG begrüßen wir, wollen jedoch  
262 zusätzlich erreichen, dass Gleichstellungsdaten von allen Menschen mit Rassismuserfahrung  
263 erfasst sowie ein umfassendes Diversity-Monitoring und anonyme Umfragen zu  
264 Diskriminierungserfahrungen etabliert werden. Eine Interessenvertretung für BIPOC im  
265 öffentlichen Dienst soll das Personalvertretungsgesetz ergänzen.

266 Auch die landeseigenen Unternehmen und Beteiligungen haben eine stadtweite Vorbildfunktion  
267 für eine moderne, diversitätsorientierte Unternehmensführung in Berlin. Wir Grüne wollen  
268 wirksame und verbindliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien für sie entwickeln  
269 und implementieren. Dies gilt sowohl für die angebotenen Dienstleistungen und den Umgang mit  
270 Kund\*innen als auch für die interne Personalverantwortung und -führung. Die Enquete-  
271 Kommission hat einen ideologisch vorangetriebenen Kulturkampf weiter verschärft, statt  
272 wirkungsvolle Ergebnisse für die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Strategien gegen  
273 Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und alle weiteren Formen von Diskriminierung  
274 zu liefern. Wir schaffen ein neues parlamentarisches Format, das systematisch und auf  
275 Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft arbeitet – mit dem Ziel, eine progressive und  
276 intersektionale Antidiskriminierungspolitik in den Mittelpunkt zu stellen und auch die  
277 Umsetzung durch Politik und Verwaltung systematisch zu monitoren und zu begleiten. Der Fokus  
278 liegt dabei vor allem auf Institutionen und Strukturen der öffentlichen Hand.

#### 279 Antisemitismus entschieden bekämpfen

280 Jüdisches Leben gehört untrennbar zu Berlin. Wir Bündnisgrüne setzen uns entschieden dafür  
281 ein, dass Berlin eine Stadt bleibt, in der jüdisches Leben in Sicherheit und Freiheit  
282 möglich ist – auf der Straße, in Schulen und Hochschulen, in der Kultur, in der Wissenschaft  
283 und im Alltag. Dass Jüdinnen\*Juden in Berlin Angst haben, ist nicht zu akzeptieren. Der  
284 Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus sind für uns nicht verhandelbar.  
285 Wir wollen das in der rot-rot-grünen Wahlperiode beschlossene „Berliner Landeskoncept zur  
286 Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“ konsequent umsetzen und bestehende  
287 Schutzlücken schließen. Besonders in Bildung, Schule, Hochschule sowie im Opferschutz  
288 braucht es verlässliche Strukturen, die Antisemitismus gezielt adressieren. Wir betrachten  
289 Antisemitismusprävention als eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben  
290 einer konsequenten strafrechtlichen Verfolgung politisch motivierter Straftaten braucht es  
291 die verlässliche Förderung etablierter, anerkannter und fachlich qualifizierter Träger der  
292 Antisemitismusprävention statt kurzfristiger, befristeter Projektförderungen.

293  
294 Für uns ist dabei klar, dass wir den Kampf gegen alle Formen von Antisemitismus ernst  
295 nehmen. Dazu gehört sowohl die Gefahr durch rechtsextreme und faschistische Ideologien als  
296 auch der israelbezogene Antisemitismus, der maßgeblich in Teilen der politischen Linken und  
297 aus dem islamistischen Milieu kommt. Wir unterscheiden klar zwischen antisemitischen  
298 Positionen und einer sachlichen Kritik an der israelischen Regierung, die sich gegen  
299 konkrete politische Maßnahmen richtet, ohne Jüdinnen und Juden kollektiv zu  
300 verantwortlich machen oder doppelte Standards anzulegen. Der Schutz von jüdischen und als  
301 israelsolidarisch gelesenen Orten, einschließlich nichtreligiöser Einrichtungen, muss  
302 sichergestellt werden. Hierfür müssen unter anderem auch bauliche und personelle  
303 Schutzmaßnahmen gestärkt werden. Um der wachsenden Verbreitung antisemitischer Narrative im  
304 digitalen Raum zu begegnen, wollen wir am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung ein  
305 Forschungscluster zu digitalem Antisemitismus einrichten. Dieses soll Frühwarnsysteme  
306 entwickeln, digitale Bildungsarbeit leisten und Politik, Medien sowie  
307 Plattformbetreiber\*innen beraten.

#### 308 Antimuslimischen Rassismus entschieden bekämpfen

309 Rassismus hat viele Gesichter. Wir Bündnisgrüne bekämpfen ihn in all seinen  
310 Erscheinungsformen. Auch antimuslimischer Rassismus ist nach dem 7. Oktober 2023 weiter  
311 deutlich angewachsen. Wir sagen ihm entschieden den Kampf an. Wir setzen uns auch gegen jede  
312 Form von Rassismus und religiöse Diskriminierung ein, den Alevit\*innen, Drus\*innen,

313 Jesid\*innen und andere religiöse Minderheiten erfahren.

314

315 Wir setzen eine\*n Landesbeauftragte\*n ein, der\*die ressortübergreifend Lücken im Schutz vor  
316 antimuslimischer Diskriminierung in unseren gesellschaftlichen Institutionen wie Behörden  
317 und Schulen sowie bei strukturellen Benachteiligungen wie etwa im Berufsleben schließt und  
318 die Ergebnisse der „Expert\*innenkommission antimuslimischer Rassismus“ senatsübergreifend  
319 koordiniert umsetzt. Dazu gehören einheitliche Vorgaben zur inhaltlichen Ausgestaltung von  
320 Schulordnungen an Berliner Schulen, die LADG-konform sind.

321 Die Expert\*innenkommission antimuslimischer Rassismus soll ihre Arbeit fortsetzen und  
322 bestehende Beratungs-, Empowerment- und Monitoringstrukturen sollen gestärkt und ausgebaut  
323 werden. Beschäftigte im öffentlichen Dienst erhalten verpflichtende Fortbildungen und beim  
324 Landeskriminalamt wird eine spezifische Ansprechperson eingesetzt. Das diskriminierende  
325 „Neutralitätsgesetz“ schaffen wir in Gänze ab, da es insbesondere kopftuchtragende Frauen  
326 vom Staatsdienst ausschließt, Grundrechte wie Religions- und Berufsfreiheit verletzt und  
327 bestehende Ungleichbehandlungen im öffentlichen Dienst verfestigt, statt Diskriminierung  
328 abzubauen. Muslimisches Leben soll in Kunst, Medien und Bildung sichtbar sein –  
329 diskriminierungsfrei und selbstbestimmt. Die genannten Maßnahmen – von der  
330 Landesbeauftragten über Fortbildungen bis hin zu Beratungs- und Empowermentstrukturen –  
331 müssen für die Vielfalt der betroffenen Gruppen sensibilisiert werden und spezifische  
332 Angebote bereithalten. Wir setzen uns dafür ein, den 1. Juli als offiziellen Gedenk- und  
333 Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus einzuführen, und prüfen den Abschluss einzelner  
334 Vereinbarungen mit muslimischen Verbänden.

335 Anti-asiatischen Rassismus entschieden bekämpfen

336 Wir Grüne fordern ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen antiasiatischen Rassismus.  
337 Dazu müssen Beratungs-, Melde- und Empowermentstrukturen überhaupt erst einmal eingerichtet  
338 bzw. gestärkt werden. Gegen antiasiatischen Rassismus als spezifische Form der  
339 Diskriminierung führen wir Sensibilisierungen im öffentlichen Dienst ein, fördern asiatisch-  
340 deutsche Selbstorganisationen und binden sie in politische Gremien ein. Empowerment- und  
341 Teilhabeangebote werden gezielt ausgebaut, um mediale, kulturelle und politische  
342 Repräsentanz zu stärken.

343 Anti-Schwarzen Rassismus entschieden bekämpfen

344 Berlin hat sich 2018 zur Umsetzung der 1. UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft  
345 (2015–2024) verpflichtet. Dabei sollten unter anderem geeignete Maßnahmen zur Erfassung der  
346 Diskriminierung Schwarzer Menschen und Antidiskriminierungsmaßnahmen entwickelt werden –  
347 unter enger Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Berücksichtigung der Perspektiven  
348 Schwarzer Menschen. Nach dem Abschluss der 1. UN-Dekade wollen wir Grüne deren Ergebnisse  
349 sichern und die etablierten Strukturen und implementierten Maßnahmen fortführen und  
350 verstetigen. Die noch offenen Forderungen sollen weiter umgesetzt und bestehende Lücken  
351 geschlossen werden. Dazu gehört auch die Einrichtung des Studiengangs „Intersectional Black  
352 European Studies“ an den Berliner Hochschulen. Wir wollen, dass Berlin sich auch zur  
353 Umsetzung der 2. UN-Dekade (2025–2034) verpflichtet und dabei bundesweit voranschreitet.  
354 Gemeinsam mit den Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Communities wollen wir  
355 hierfür eine Gesamtstrategie für die 2. UN-Dekade mit einem Maßnahmen- und Aktionsplan bis  
356 2034 entwickeln. Diese Gesamtstrategie soll verbindlich alle Senatsressorts und die Bezirke  
357 einschließen. Gegen anti-Schwarzen Rassismus bauen wir Beratungs-, Melde- und



358 Empowermentstrukturen aus und sichern sie langfristig. Dazu gehört auch das Schwarze  
359 Community-Zentrum.

360 Rassismus gegen Rom\*nja und Sinti\*zze entschieden bekämpfen

361 Antiziganismus entschieden bekämpfen

362 Rom\*nja und Sinti\*zze sind seit langem ein elementarer Teil unserer Gesellschaft und hier  
363 tief verwurzelt. Berlin soll auch für die Gemeinschaft der Sinti\*zze und Rom\*nja ein  
364 lebenswertes und sicheres Zuhause sein. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass sie  
365 diskriminierungsfrei ihr Leben gestalten können. Denn wir stellen fest, dass Sinti\*zze und  
366 Rom\*nja weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert werden. Die meisten  
367 registrierten Vorfälle ereignen sich im Kontakt mit der Verwaltung, mit öffentlichen  
368 Stellen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie auf dem Arbeitsmarkt. Berlin muss daher  
369 weiterhin entschlossen handeln, den strukturellen, institutionellen und alltäglichen  
370 Rassismus gegen Sinti\*zze und Rom\*nja zu bekämpfen. Wir Bündnisgrüne setzen auf eine  
371 verbindliche Einbindung des Beirats für Angelegenheiten der Rom\*nja und Sinti\*zze, eine  
372 Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Antiziganismus-Dokumentationsstelle und gezielte  
373 Fortbildungen aller öffentlichen Stellen. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von  
374 pädagogischem Personal sowie in Rahmenlehrplänen der Berliner Schulen müssen  
375 antiziganismuskritische Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart von Sinti\*zze und Rom\*nja  
376 verbindlich Eingang finden. Das Recht auf Bildung muss in Berlin für alle Kinder, unabhängig  
377 vom Aufenthaltsstatus, gelten. Eine Ausweisung und Abschiebung geflüchteter Rom\*nja in  
378 vermeintlich „sichere“ Herkunftsländer, in denen ihnen Angriffe und Diskriminierung drohen,  
379 lehnen wir ab.

380 Antislawismus entschieden bekämpfen

381 Auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte und/oder slawische Menschen erleben  
382 Diskriminierung und Rassismus, etwa im Arbeitsalltag oder im Umgang mit der Verwaltung.  
383 Antislawismus tritt häufig in Verbindung mit Klassismus auf, etwa wenn von einem  
384 vermeintlichen „Sozialtourismus“ gesprochen wird. Wir stellen uns Antislawismus entgegen und  
385 möchten, dass auch Menschen mit osteuropäischer Migrationsgeschichte ein  
386 diskriminierungsfreies Leben führen können. Wir wollen die Forschung und politische  
387 Bildungsarbeit zu Antislawismus stärken, die Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit  
388 osteuropäischer Migrationsgeschichte stärken und Mitarbeiter\*innen der Berliner Behörden  
389 bezüglich Antislawismus schulen.

### 390 4.3. Humanität für Geflüchtete – Ankommen und Teilhabe 391 sichern

392 Differenzierte, sachliche Antworten in der Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber  
393 heute dringender notwendig denn je. Die Menschenrechte sind überall und jederzeit  
394 einzuhalten – sie sind unverhandelbar.

395 Berlin soll sicherer Hafen und eine Stadt der Chancen sein. Teilhabe beginnt am ersten Tag;  
396 mit Zugängen, die funktionieren, und Strukturen, die Menschen stärken. Das heißt: Menschen  
397 erhalten Schutz, Wohnraum, Beratung, herkunftsunabhängigen und kostenlosen Zugang zu Sprach-  
398 und Bildungsangeboten sowie Zugang zu Arbeit und Gesundheitsversorgung –  
399 diskriminierungsfrei, kultursensibel und mehrsprachig. Dauerhaft finanzierte

400 Beratungsstellen sichern besondere Schutzbedarfe. Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein,  
401 dass diskriminierungsfreie und traumasensible medizinische Versorgung geleistet, Ehrenamt  
402 und Selbstorganisation gefördert sowie Wohnraumberatung und unabhängige  
403 Asylverfahrensberatung angeboten werden. Wir werden diese Werte auch in Zukunft weiter im  
404 Netzwerk „Solidarity Cities“ (solidarische Städte) leben!

405 Psychosoziale und psychologische Versorgung sichern und ausbauen

406 Viele geflüchtete Menschen haben Gewalt, Krieg, Verfolgung oder Flucht erlebt und benötigen  
407 psychosoziale sowie psychotherapeutische Unterstützung. Psychische Gesundheit ist eine  
408 zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Integration und muss von  
409 Beginn an berücksichtigt werden. Wir möchten daher die psychologische und psychosoziale  
410 Versorgung für Geflüchtete stärken und einen niedrigschwelligen und bedarfsgerechten Zugang  
411 zu ihr ermöglichen. Dazu gehören mehrsprachige und kultursensible Angebote, insbesondere für  
412 Kinder und Jugendliche.

413 Zugänge zu Arbeit und Ausbildung schaffen

414 Mit einer Politik die Zugänge öffnet und Hürden abbaut, erleichtern wir Grüne Geflüchteten  
415 vom ersten Tag an den Einstieg in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung. Teilhabe am  
416 Arbeitsmarkt ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Dafür stärken  
417 wir gezielt mehrsprachige Informationsangebote, praxisnahe Sprach- und Brückenangebote sowie  
418 notwendige Qualifizierungsmaßnahmen und beschleunigen mit einer Taskforce „Anerkennung“ die  
419 Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und legen den Schwerpunkt auf die  
420 Fachkräftestrategie. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Zustimmungspflichten  
421 der Bundesagentur für Arbeit für Menschen im Asyl-Anerkennungsverfahren entfallen.

422 Bürokratische Hürden bei der Erteilung und Verlängerung von Arbeitserlaubnissen bauen wir ab  
423 und sorgen für transparente, zügige Verfahren in der Berliner Verwaltung. Betriebe, die  
424 Geflüchtete einstellen oder ausbilden, unterstützen wir gezielt und fördern Kooperationen  
425 zwischen Unternehmen, Kammern und zivilgesellschaftlichen Initiativen.  
426 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Zustimmungspflichten der Bundesagentur  
427 für Arbeit für Menschen im laufenden Asylverfahren entfallen.

428 Gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit und Leistungen für alle  
429 gewährleisten, diskriminierende Bezahlkarte abschaffen

430 Das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit sowie das Recht auf soziale Sicherheit  
431 sind Menschenrechte, die auch Geflüchtete und Migrant\*innen besitzen, die sich in Berlin  
432 aufhalten – ob mit oder ohne die „richtigen“ Papiere. Sogenanntes Asyl- und  
433 Migrationsmanagement darf nicht zu menschenrechtswidrigem Leistungsausschluss führen, auch  
434 nicht als Sanktion für angebliches Fehlverhalten.

435 Wir lehnen die vom schwarz-roten Senat geplante Bezahlkarte ab, weil sie Geflüchtete  
436 diskriminiert und ihre Selbstbestimmung einschränkt. Stattdessen setzen wir auf  
437 diskriminierungsfreie, unbürokratische Auszahlungen von Leistungen sowie, unabhängig vom  
438 Aufenthaltsstatus, ein Bankkonto für alle („Basiskonto“). Kinder erhalten unverzüglichen  
439 Zugang zu Schulunterricht, Willkommensklassen dürfen nur eine Übergangslösung sein.  
440 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus stellen wir den Zugang von Geflüchteten zu Bildung,  
441 Gesundheitsversorgung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe sicher.

442 Im Bund setzen wir uns für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein.

#### 443 Dezentrale Unterbringung und eigenen Wohnraum voranbringen

444 Es ist unser Ziel, geflüchteten Menschen das Ankommen zu erleichtern. Dafür ist es  
445 entscheidend, dass sie angemessen untergebracht werden und wohnen können. Derzeit leben rund  
446 40.000 Menschen in Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, viele von  
447 ihnen mit gesichertem Aufenthaltsstatus, obwohl sie Anspruch auf eigenen Wohnraum hätten.  
448 Wir werden die bezirklichen Kooperationen – wie beim Projekt Wohnen statt MUF – mit den  
449 landeseigenen Wohnungsunternehmen stärken, Fachstellen sollen zudem den Zugang zum  
450 Wohnungsmarkt für Geflüchtete verbessern. Wir befürworten überdies die WBS-Berechtigung für  
451 Geflüchtete mit langjährigem Aufenthaltsstatus oder Duldung. Unser oberstes Ziel ist die  
452 Unterbringung in eigenem Wohnraum. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir Grüne weg von der  
453 Massenunterbringung und hin zu dezentralen, menschenwürdigen Wohnformen. Große  
454 Massenunterkünfte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie den Bedürfnissen von  
455 Geflüchteten nicht gerecht werden. In der Massenunterkunft in Tegel wurden zeitweise  
456 tausende Menschen auf engstem Raum untergebracht, der Zugang von Hilfsorganisationen war  
457 erschwert und Kinder hatten nur eingeschränkt die Möglichkeit, am Schulunterricht  
458 teilzunehmen. Das war insbesondere für Familien und Kinder belastend in einer ohnehin  
459 schwierigen Lage.

460 In der Neuaufstellung der Unterbringung setzen wir in erster Linie auf Wohnungen und  
461 kleinere Gemeinschaftsunterkünfte in allen Bezirken. Zudem wollen wir für besonders  
462 schutzbedürftige Gruppen geflüchteter Menschen gezielte Schwerpunktunterkünfte schaffen, um  
463 eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. Das soziale Wohnungsbauprogramm für  
464 Geflüchtete unterstützen wir, um dauerhaft Wohnraum und soziale Angebote zur Verfügung zu  
465 stellen. Mit einem sozialen Unterbringungsgesetz sollen zukünftig gesetzliche  
466 Mindeststandards in Unterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose festgelegt und  
467 durchgesetzt werden.  
468 Ein Ankunftszentrum soll bestmögliche Erstversorgung sicherstellen, sich darum kümmern, dass  
469 Kinder und besonders vulnerable Geflüchtete angemessen betreut und schnellstmöglich in gute  
470 Unterkünfte vermittelt werden. Mit einer Senatskommission „Unterbringung“ sorgen wir für  
471 eine engere Abstimmung zwischen Senat und Bezirken. Asylsuchende werden zudem bei der Reform  
472 der Wohnungsnotfallhilfe mitberücksichtigt. Dabei darf keine Gruppe, die von  
473 Wohnungslosigkeit bedroht ist, gegen eine andere ausgespielt werden.  
474 Dabei ist eine strukturelle und finanzielle Unterstützung der Bezirke zentral. Die soziale  
475 Infrastruktur vor Ort muss von Beginn an mitgedacht werden. Die Senatskommission  
476 Unterbringung soll sicherstellen, dass neue Standorte zügig identifiziert und beschlossen  
477 werden und notwendige Verbesserungen der lokalen Infrastruktur von Anfang an eingeplant  
478 sind, insbesondere beim Ausbau von Kita und Schulplätzen sowie der Verkehrsinfrastruktur.

479 Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ist die zentrale Erstaufnahmebehörde für  
480 geflüchtete Menschen in Berlin. Hier entscheidet sich, ob Unterbringung, Leistungen und  
481 Versorgung verlässlich funktionieren.

482 Wir stärken das LAF und verbessern die Arbeitsbedingungen nachhaltig. Unser Ziel ist ein  
483 modernes, gut ausgestattetes Landesamt mit fairen Arbeitsbedingungen, ausreichendem Personal  
484 und verlässlichen Strukturen, damit geflüchtete Menschen von Beginn an angemessen versorgt  
485 und untergebracht werden können.

#### 486 Landesamt für Einwanderung als moderne Willkommensbehörde

487 Das Landesamt für Einwanderung (LEA) ist für rund 700.000 Berliner\*innen ohne deutsche oder  
488 EU-Staatsangehörigkeit – und damit für fast 20 % der Einwohner\*innen – von zentraler  
489 Bedeutung. 2025 haben über 500.000 Menschen beim LEA vorgesprochen, um Entscheidungen zu

erhalten, die über Arbeit, Studium, Familienleben und soziale Sicherheit bestimmen.  
 Verzögerte Verfahren können zum Verlust des Jobs oder sogar der Wohnung führen.  
 Intransparente Abläufe und schwerer Zugang schwächen das Vertrauen und die lange  
 Ungewissheit hinsichtlich der eigenen Zukunft belasten viele Berliner\*innen.  
 Wir werden das Landesamt für Einwanderung zu einer modernen und serviceorientierten  
 Willkommensbehörde weiterentwickeln. Dazu etablieren wir ein digitales Antragssystem für  
 alle Aufenthaltstitel und deren Verlängerung. Das LEA wird gestärkt, um eine zügige,  
 rechtskonforme und transparente Bearbeitung der Anträge sicherzustellen. Die Terminvergabe  
 werden wir weiter verbessern und verlässlicher gestalten. Zudem werden wir die Ombudsstelle  
 im LEA wieder einrichten und zu einer mitwirkungsberechtigten Ombudsstelle weiterentwickeln,  
 um Transparenz, Rechtsschutz und Vertrauen zu stärken. Beratung wird unabhängig und  
 mehrsprachig angeboten.

GEAS humanitär umsetzen und Zugänge ermöglichen

EU-Asylreform menschenrechtskonform umsetzen

Die neuen Regeln des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wenden wir  
 menschenrechtskonform an. Bei der Durchführung der neuen Screening-Verfahren ist  
 sicherzustellen, dass die entscheidende Bewertung der Vulnerabilität von entsprechend  
 qualifiziertem Fachpersonal außerhalb der Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.  
 Überprüfungen innerhalb des Hoheitsgebiets durch die Polizei Berlin dürfen nicht zu Racial  
 Profiling führen.

Die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) darf nicht zu einer  
 weiteren Aushöhlung des Geflüchteten schutzes führen - auch nicht auf Landesebene. Wir wollen  
 dies durch ein effektives und unabhängiges Menschenrechtsmonitoring unter enger Einbindung  
 der Zivilgesellschaft und entsprechend qualifiziertem Fachpersonal sicherstellen. Das gilt  
 für die neuen Screening-Verfahren in Berlin-Tegel ebenso wie für die neuen Asyl- und  
 Rückführungsgrenzverfahren am Flughafen Berlin Brandenburg. Wir Grüne stehen für faire und  
 individuelle Asylverfahren, (den Schutz vor Abschiebung in unsichere Drittstaaten) und  
 menschenwürdige Unterbringung. Das Konzept der sicheren Drittstaaten und Herkunftsländer  
 lehnen wir ab. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die Abschiebung  
 in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan, Syrien oder Iran, ist inakzeptabel  
 und muss beendet werden. Explizit stellen wir uns gegen Abschiebehaft, insbesondere für  
 Kinder, und die Trennung von Familien.

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen ab Tag 1 ihrer Einreise eine unabhängige  
 Vertretung, die sie rechtlich vertritt und faktisch unterstützt und maximal 30 Minderjährige  
 betreut. Der Vorrang des Kindeswohles ist jederzeit sicherzustellen. Sie müssen in  
 Jugendhilfe- oder Clearingeinrichtungen mit pädagogisch geschultem Fachpersonal aufgenommen  
 werden. Hierzu setzen wir uns für eine Verstärkung und finanzielle Absicherung der  
 Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen ein.

Wir stehen zum Kirchenasyl als wichtiges Instrument, um in Ausnahmesituationen Menschen,  
 denen im Falle einer Abschiebung Leid drohen würde, schnell und unbürokratisch zu  
 unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kirchenasyl von den Berliner Behörden  
 geachtet wird.

Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf die Aufnahme einer Ausbildung, berufsvorbereitender  
 Maßnahmen, eines Studiums oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages nicht

534 verhindern. Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung, Ausbildung oder Studium müssen  
535 für die gesamte Familie ausgeschlossen sein.

536 Gleichzeitig gilt: Wer nach individueller Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen  
537 Voraussetzungen sowie ggf. nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat  
538 und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die  
539 freiwillige Ausreise hat für uns Vorrang.

540 Überlegungen wie das sogenannte Ruanda-Modell lehnen wir strikt ab.

541 Zugänge ermöglichen, den Plänen von CDU und AfD zur Abschaffung des  
542 Menschenrechts auf Asyl in Europa entschieden entgegenzutreten

543 Wir setzen uns für die Wiederaufnahme des Berliner Landesaufnahmeprogramms für Geflüchtete  
544 aus Syrien, dem Irak und Afghanistan ein und den Ausbau humanitärer Aufnahmeprogramme des  
545 Bundes beispielsweise aus Afghanistan, Syrien, Irak und Gaza ein und nutzen zudem die  
546 Spielräume des Landes, um die Aufnahme von Geflüchteten zu ermöglichen. So soll Berlin  
547 Menschen aus UN-Programmen aufnehmen. Zudem möchten wir die Aufnahme von Personen, die von  
548 Klimakatastrophen oder humanitären Notlagen betroffen sind, neu einführen. Außerdem möchten  
549 wir den Familiennachzug als humanitäres Minimum und als Voraussetzung für Stabilität und  
550 Schutz wieder ermöglichen. Zusammen mit anderen aufnahmebereiten Ländern und Kommunen in  
551 Deutschland und Europa setzen wir uns dafür ein, dass solidarische und  
552 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik wieder  
553 gestärkt werden. Auch auf Bundesebene setzen wir uns gegen Verschärfungen von Grund- und  
554 Menschenrechten ein.

555  
556 Solidarität muss praktisch sein - Gelder für die zivile Seenotrettung  
557 zur Verfügung stellen

558 Das Mittelmeer ist eine der tödlichsten Grenzen weltweit. Tausende Menschen ertrinken jedes  
559 Jahr auf ihrer Flucht oder werden unter Gewaltanwendung nach Libyen und Tunesien zurück  
560 geschleppt. Die Anrainerstaaten aber auch die von Deutschland unterstützte und  
561 mitfinanzierte EU-Grenzschutzagentur Frontex begehen Menschenrechtsverletzungen und  
562 unterstützen Libysche Milizen bei ihren Verbrechen, anstatt ihren rechtlichen  
563 Verpflichtungen nachzukommen. Die Bundesregierung hat die finanzielle Unterstützung der  
564 zivilen Seenotrettung in diesem Jahr eingestellt. Die Kriminalisierung und Behinderung der  
565 Seenotrettung nimmt leichtfertig den Tod von Menschen in Kauf. Wir stehen für eine  
566 menschenrechtsbasierte Politik und ducken uns vor Verantwortung nicht weg. Deswegen treten  
567 wir für die finanzielle Unterstützung der zivilen Seenotrettungsorganisationen ein und  
568 werden unsere Stimmen im Bundesrat konsequent für den Schutz der zivilen Seenotrettung und  
569 die Grundrechte flüchtender Menschen einsetzen.

#### 570 4.4. Queere Sicherheit – Sichtbarkeit und Teilhabe 571 ausbauen

572 Unser Berlin ist, bleibt und wird mehr denn je die Hauptstadt der queeren Vielfalt – sicher,  
573 sichtbar, solidarisch. Queere Menschen sollen in allen Bezirken frei von Angst leben,  
574 uneingeschränkt teilhaben und ihre Rechte voll verwirklichen können. Vielfalt ist für uns  
575 Bündnisgrüne selbstverständlich: von der Schule bis zur Pflege, von der Kultur bis zur

576 Verwaltung. Schutz vor Queerfeindlichkeit, gleichberechtigter Zugang zu  
577 Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Arbeit sowie eine lebendige queere Kultur sollen fest  
578 verankert sein. Dauerhafte Strukturen und ein starker politischer Rückhalt sollen dafür  
579 sorgen, dass queeres Leben in Berlin nicht nur möglich, sondern selbstverständlich ist.

580 Wir Bündnisgrüne möchten queerfeindliche Übergriffe verhindern, lesbische Sichtbarkeit  
581 erhöhen und queere Infrastruktur und queere Angebote für Regenbogenfamilien und inter\*;  
582 nicht-binäre, trans\* und agender Personen (FLINTA\*) stärken. Zur queeren Vielfalt gehören  
583 auch Queers, die weiteren marginalisierten Gruppen angehören. Auch sie sollen in Berlin und  
584 seinen Safer Spaces sicher sein. Die Umsetzung der unter bündnisgrüner Beteiligung  
585 eingeführten Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) wollen wir  
586 standardisieren und flächendeckend vorantreiben.

587 Queere Teilhabe und Infrastruktur flächendeckend stärken

588 Wir Grüne setzen uns für ein Berlin ein, in dem queere Menschen in allen Lebensbereichen  
589 sichtbar, sicher und gleichberechtigt sind. Aktuell zeigt sich jedoch, dass Berlins queere  
590 Infrastruktur mit ihren Empowermenträumen, Beratungsstrukturen, Projekten, Kulturorten und  
591 Safer Spaces akut bedroht ist. Sei es durch gewaltvolle queerfeindliche Attacken, durch  
592 Verdrängung in unseren Kiezen oder durch die ideologische Politik des schwarz-roten Senats,  
593 die etwa die queere Bildungsarbeit komplett zerschlagen will. Wir treten dem entschieden  
594 entgegen und werden die queere Infrastruktur verteidigen und dauerhaft sichern, langfristig  
595 fördern und stärken. Wir setzen einen Aktionsplan gegen Verdrängung von  
596 zivilgesellschaftlicher Infrastruktur und Safer Spaces in der ganzen Stadt auf. Das  
597 Verschwinden queerer Orte wollen wir stoppen und neue schaffen. Hier nehmen wir verstärkt  
598 auch Immobilien in Landes- und bezirklicher Hand in den Blick.

599 Wir wollen einheitliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Lesben, Schwule,  
600 Bisexuelle, trans\*, inter\* und queere Menschen (LSBTIQ\*) in allen Bezirken und in der ganzen  
601 Stadt. Es darf nicht davon abhängen, wo man als LSBTIQ\* in Berlin wohnt, um z. B.  
602 Unterstützung beim Coming-out zu erhalten. In jedem Bezirk soll daher mindestens ein queerer  
603 Ort in Form eines Zentrums, Jugendclubs oder Familienzentrums entstehen. Wir wollen  
604 Queerbeauftragte in allen Bezirken und für sie eine gesetzliche Grundlage schaffen. Mit  
605 Queer-Mainstreaming verankern wir queersensible Angebote in allen Einrichtungen. Wir sichern  
606 flächendeckend queere Gesundheits- und Pflegeangebote und integrieren queere Perspektiven in  
607 Studium und Ausbildung, insbesondere in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Wir stärken die  
608 Beratungsangebote für Regenbogenfamilien und wollen die Gründung eines weiteren  
609 Regenbogenfamilienzentrums vorantreiben. Wir sorgen dafür, dass das Personal in Gerichten  
610 und Jugendämtern geschult ist, um die Diskriminierung von Regenbogenfamilien abzubauen.  
611 Insbesondere bei Regenbogenpflegefamilien braucht es hier zusätzliche Unterstützung. Auf  
612 Bundesebene setzen wir uns für die längst überfällige Reform des Abstammungsrechts ein.

613 Wir Bündnisgrüne werden auch weiterhin die Aufmerksamkeit für lesbisches Leben und lesbische  
614 Belange mit ganz konkreten Maßnahmen erhöhen. Darüber hinaus wollen wir Bi+-Personen und  
615 ihre Strukturen gezielt unterstützen und werden dafür den Maßnahmenplan „Bi+“ entwickeln.  
616 Ebenso bauen wir die Diskriminierung von trans\*, inter\*, nicht-binären und agender  
617 Berliner\*innen ab und bauen ihre Teilhabe in allen Bereichen aus. Wir fördern Anlauf- und  
618 Beratungsstellen für mehrfach marginalisierte queere Gruppen wie z. B. queere Geflüchtete  
619 oder von Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus betroffene Queers in allen Teilen der  
620 Stadt. Wir stärken die Erinnerungskultur zum Thema queeres Leben und seine Gefährdung und  
621 fördern queere Perspektiven im Kulturleben der Stadt. Wir setzen den Inklusionsfonds für  
622 eine barrierefreie Community fort, sichern ihn langfristig und bauen ihn weiter aus. Damit

queere Menschen sich auch sicher an Orten der eigenen Community und im Nachtleben bewegen können, entwickeln wir einen Maßnahmenplan für die Bekämpfung von Diskriminierung in diesen Bereichen.

Insbesondere der israelbezogene Antisemitismus hat auch in Räumen der queeren Community zugenommen. Auch hier braucht es in Zusammenarbeit mit Akteur\*innen der Community Aufklärung, Sensibilisierung, Prävention und klare Kante gegen jeden Antisemitismus, damit die queere Community auch ein sicherer Ort für jüdische queere Menschen ist.

Gleichzeitig setzt sich Berlin auf Bundes- und EU-Ebene für die diskriminierungskritische Reform von Gesetzen, z.B. für die rechtliche Anerkennung von familiären Instituten jenseits der Ehe wie Verantwortungsgemeinschaften oder der französische PACS, den Schutz queerer Rechte und internationale Solidarität ein – etwa durch die Verankerung geschlechtlicher und sexueller Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes und ein verstärktes Engagement im internationalen Rainbow Cities Network.

Queerfeindlichkeit mit Bildung, Prävention und Schutz begegnen

Queerfeindlichkeit hat in unserer Stadt drastisch zugenommen. Wir Grüne begegnen ihr mit einem klaren Dreiklang aus Bildung, Prävention und besseren Schutzmaßnahmen. Dazu sichern wir die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung dauerhaft und bauen sie aus. Unser Ziel: Alle Berliner Schüler\*innen sollen jährlich Zugang zu queeren Bildungsangeboten erhalten. Wir stärken Projekte, die aufklären, Vorurteile abbauen und Akzeptanz fördern. Wir verbessern den Schutz queerer Einrichtungen, erhöhen die Polizeipräsenz bei akuten Bedrohungslagen und schulen Polizei und Justiz für einen sensiblen Umgang. Allerdings wird nur ein Bruchteil aller queerfeindlichen Übergriffe überhaupt angezeigt. Um das Ausmaß der Gewalt gegen LSBTIQ\* in Berlin erfassen und so wirksamere Maßnahmen zur Prävention und Intervention ergreifen zu können, werden wir im Rahmen des „Berlin Monitor Queerfeindliche Gewalt“ eine Dunkelfeldstudie zu queerfeindlichen Gewalttaten in Auftrag geben. Vertrauensbildende Maßnahmen sollen die Anzeigebereitschaft erhöhen. Besonders entschieden treten wir transfeindlicher Hetze und Gewalt entgegen, die zunehmend in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Queeres Leben fördern und sichern

Die Berliner Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV) ist das zentrale Instrument zur Förderung und Sicherung queeren Lebens in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern. Damit sie diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen kann, wollen wir sie neu denken und ihr einen Neustart verpassen. Sie soll zu einer umfassenden Gesamtstrategie entwickelt werden. Wir erhöhen die Verbindlichkeit und setzen klare und nachprüfbare Ziele und Aufgaben für alle Senatsverwaltungen. Die queeren Communities werden wir dauerhaft und wirksam an der Konzeption, Weiterentwicklung und Umsetzung beteiligen. Die Bezirke werden wir intensiver einbinden und ein starkes Steuerungsgremium zur Koordination einsetzen, dessen Umsetzung transparent evaluiert wird.

#### 4.5. Gelebte Inklusion – Barrieren abbauen, Teilhabe schaffen

In Berlin leben über 333.000 Menschen mit einem anerkannten Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50 Prozent – das ist fast jede zehnte Person. Darüber hinaus leben zahlreiche Menschen in der Stadt, die einen GdB unter 50 haben und/oder nicht erfasst sind. Die Tendenz

666 ist in unserer alternden Gesellschaft steigend, da viele Behinderungen im Lebensverlauf  
 667 entstehen. Behinderungen resultieren aus der Wechselwirkung zwischen individuellen  
 668 Beeinträchtigungen und den Barrieren in Gesellschaft und Umwelt. Menschen mit Behinderungen  
 669 erleben zu oft (Mehrfach-)Diskriminierung und dass ihre Selbstbestimmung infrage gestellt  
 670 wird: im Rehabilitationsamt oder beim Jobcenter, beim Zugang zu Arbeit und Wohnen oder bei  
 671 sexuellen und reproduktiven Rechten. Wir Bündnisgrüne wollen am Abbau von Barrieren  
 672 arbeiten. Die beste Roadmap hierfür bietet die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Doch  
 673 Berlin hat bei deren Umsetzung noch einiges an Arbeit vor sich. Dazu gehört für uns auch  
 674 eine entsprechende Neugestaltung des Berliner Psychisch-Kranken-Gesetzes. Unser Ziel ist  
 675 eine Stadt, in der alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderungen – gleichberechtigt an  
 676 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Wohnen und Arbeit teilhaben können.

#### 677 Inklusion koordinieren und stärken

678 Unser Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen in allen Fragen der Eingliederungshilfe  
 679 schnelle, kompetente und individuelle Beratung erhalten und bei anderen Bedarfen zuverlässig  
 680 weitervermittelt werden. Wir Grüne wollen die Bezirke dabei unterstützen, ihre  
 681 Koordinierungsstellen „Inklusion“ zu besetzen und regelmäßig verbindliche Aktionspläne für  
 682 die Inklusionsarbeit zu erstellen und zu realisieren. Gemeinsam mit den Bezirken soll der  
 683 Senat Zielvereinbarungen für die Teilhabefachdienste entwickeln, das Personal besser  
 684 qualifizieren und diese nach dem Prinzip einer „One-Stop-Agency“ ausbauen. Die Leistungen  
 685 müssen sich dabei immer am Bedarf und an der Lebenssituation der Menschen orientieren. Wir  
 686 wollen, dass alle Leistungen der Eingliederungshilfe wie aus einer Hand geleistet werden.  
 687 Dazu muss das Bundesteilhabegesetz endlich umgesetzt werden. Die Ausstellung des  
 688 Schwerbehindertenausweises wollen wir vereinfachen und beschleunigen. Behinderungen sind  
 689 vielfältig – wir wollen nicht sichtbare Behinderungen stärker ins Blickfeld rücken und  
 690 erarbeiten hierfür unter anderem eine Berliner Autismusstrategie. Wir wollen die  
 691 Behindertenbeiräte auf Landes- und Bezirksebene stärken, unter anderem durch das Recht,  
 692 Anträge an die jeweilige Verwaltung zu richten und zu relevanten Vorhaben Stellung zu  
 693 nehmen. Das Berliner Behindertenparlament möchten wir als ein Instrument der politischen  
 694 Teilhabe dauerhaft etablieren und auskömmlich finanzieren.

#### 695 Bildung als Fundament für gleiche Chancen inklusiv gestalten

696 Es ist nicht hinnehmbar, dass derzeit circa 2.800 Kinder aufgrund von Behinderungen nicht  
 697 ordentlich oder gar nicht beschult werden. Exkludierende Systeme müssen vollständig abgebaut  
 698 und Inklusion in allen Schulen möglich gemacht werden. Multiprofessionelle Teams,  
 699 Schulassistenz sowie ergänzende Förderung und Betreuung in Grundschulen sichern gleiche  
 700 Bildungschancen und sorgen dafür, dass alle Schüler\*innen einen Abschluss erreichen können.  
 701 Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zur Schule muss  
 702 sichergestellt sein. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf soll selbstbestimmt  
 703 erfolgen und durch gute Beratung und Begleitung unterstützt werden. Dafür wollen wir unter  
 704 anderem die Jugendberufsagentur inklusiver aufstellen.

#### 705 Faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern

706 Sondersysteme wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Sonderschulen verhindern  
 707 häufig die Inklusion in reguläre Arbeit oder Ausbildung. Auf dem Arbeitsmarkt setzen wir  
 708 Grüne uns für eine angemessene Bezahlung von Menschen mit Behinderungen im ersten und  
 709 zweiten Arbeitsmarkt ein und treiben den Ausbau von Inklusionsunternehmen gezielt voran.



Unternehmen sollen darüber hinaus besser über Budgets für Ausbildung und Arbeit informiert und bei der Nutzung unterstützt werden. Ergänzend werden wir das Landesprogramm „Ausbildung inklusiv“ umsetzen, dessen Kernelemente eine Stiftung zur Förderung inklusiver Ausbildung, die Stärkung der Jugendberufsagentur und der inklusive Umbau der Oberstufenzentren sind. Zudem setzen wir uns für die Anerkennung und Refinanzierung des Tarifvertrags für Assistenz im Arbeitgeber\*innenmodell ein und erhöhen damit das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen.

Barrierefreies und sicheres Wohnen ermöglichen

Berlin braucht mehr barrierefreien Wohnraum. Wir Bündnisgrüne wollen Barrierefreiheit im Milieuschutz zulassen, wo es sinnvoll ist. Zudem fördern wir inklusive Wohnkonzepte wie Clusterwohnungen, Mehrgenerationenhäuser oder gemeinschaftliches Wohnen, denn ein vielfältiges Berlin darf nicht isoliert voneinander leben. In Wohneinrichtungen möchten wir den Gewaltschutz verbessern, Frauenbeauftragte einsetzen und Beratungsangebote in Leichter Sprache ausbauen. Frauenhäuser und Schutzwohnungen sollen barrierefreie Plätze vorhalten. Außerdem entwickeln wir eine umfassende Strategie für Teilhabe und gegen Einsamkeit mit inklusiven Begegnungsstätten in allen Kiezen. Politisches und ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Unterstützungsbedarf soll durch die Finanzierung von Assistenz im Ehrenamt möglich gemacht werden. Für geflüchtete Menschen mit Behinderungen wollen wir sicherstellen, dass sie frühzeitig identifiziert, bedarfsgerecht untergebracht und sprach- sowie kultursensibel beraten werden.

Gesundheit barrierefrei und Sport inklusiv machen

Wir Grüne werden den Runden Tisch „Barrierefreie Stadt“ der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Gesundheit reaktivieren, um Einrichtungen der Gesundheitsversorgung – einschließlich Krankenhäusern – sukzessive barrierefrei umzubauen. Medizinische und psychologische Fachkräfte sollen im Umgang mit besonders vulnerablen Gruppen geschult werden. Die Erfahrungskompetenz von Menschen mit Behinderungen wollen wir durch die Stärkung von Selbsthilfe sichtbar machen.

Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht auf Sport wie alle anderen – sowohl als Sporttreibende wie auch als Besucher\*innen. Sportstätten möchten wir sukzessive inklusiv ertüchtigen, dazu gehören auch ungedeckte Typensporthallen und Schwimmbäder. Die Zahl inklusiver Sportangebote wird erhöht, ebenso wie wohnortnahe, kostengünstige Angebote für Rehasport.

Mobilität selbstbestimmt und sicher ermöglichen

Der ÖPNV soll für seh- und lernbeeinträchtigte Menschen selbstständig nutzbar sein – von „sprechenden Fahrzeugen“ über barrierefreie BVG-Apps bis zu umgebauten Bus- und Tramhaltestellen. Fahrstühle bei BVG und S-Bahn sollen zuverlässig funktionieren, unterstützt durch eine Fahrstuhl- und Wartungsoffensive. Alternative Mobilitätsangebote wie das Rufbusangebot Muva bleiben so lange erhalten, bis alle Stationen zuverlässig erreichbar sind. Wir Grüne setzen auf vereinheitlichte Bezahlssysteme für Sonderfahrdienst und Inklusionstaxi und streben zusätzlich zum Muva mindestens 250 Inklusionstaxis in Berlin an. Die Ausweisung von Schwerbehindertenparkplätzen wollen wir vereinfachen und beschleunigen.

## 751 4.6 Ostdeutsche Perspektiven - sichtbar machen, einbeziehen und 752 stärken

753 "BÜNDNIS 90" im Namen unserer Partei verweist auf die ostdeutsche Bürgerrechts-, Umwelt- und  
754 Demokratiebewegung der späten 1980er und frühen 1990er Jahre, die den friedlichen Umbruch  
755 der DDR mitgetragen hat. Dieses Erbe ist für uns historischer Bezugspunkt und gelebter  
756 politischer Anspruch. Für uns ist Berlin ein Ort, an dem wir zeigen müssen, dass  
757 Zusammenwachsen auf Augenhöhe gelingen kann.

758  
759 Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauersturz wirken unterschiedliche Erfahrungen von  
760 Transformation, Anerkennung und Teilhabe bis heute fort. Bundesweit fehlt es weiterhin an  
761 gleichwertiger wirtschaftlicher Teilhabe von Ostdeutschen sowie an ihrer fairen  
762 Repräsentation in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsgremien.

763  
764 Unser Ziel ist ein Berlin, das ostdeutsche Lebensrealitäten stärker als bisher anerkennt und  
765 davon ausgehend gemeinsame Perspektiven entwickelt. Daher stärken wir Aufarbeitung und  
766 Erinnerung und setzen uns für eine Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie für  
767 Chancengerechtigkeit und Teilhabe ein.

768  
769 Diskurse und Aufarbeitung diversifizieren und stärken  
770 Für uns Bündnisgrüne bleibt die Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterhin unverzichtbar.  
771 Erinnerungsorte wie das SEZ an der Landsberger Allee und die ehemalige Stasizentrale, die  
772 jetzt den Campus für Demokratie beherbergt, möchten wir erhalten bzw. entwickeln.  
773 Zugleich wollen wir die Nachwendezeit unserer Stadt stärker in den Blick nehmen: die  
774 rechtsextreme Gewalt der Baseballschlägerjahre, die Auswirkungen von Treuhand und rapide  
775 einsetzender Massenarbeitslosigkeit sowie der auch damit einhergehenden Abwertung von  
776 Biographien. Ebenso wichtig ist es, die demokratischen Bestrebungen zwischen Mauersturz und  
777 Beitritt sichtbar zu machen, z. B. die Runden Tische und Entwürfe für ein gesamtdeutsches  
778 Miteinander. Sie zeigen auch eine Transformationskompetenz auf und geben Impulse für eine  
779 gemeinsam gestaltete Zukunft.

780  
781 Für diese Aufarbeitung und den Austausch möchten wir vielfältige Möglichkeiten nutzen:  
782 Kultur, Medien, Wissenschaft und Forschung.

783  
784 Demokratie stärken und Gesellschaft weiter zusammen führen  
785 Wir fördern einen engen Austausch mit den osteuropäischen demokratischen Zivilgesellschaften  
786 und Communities in Berlin, lernen von ihnen und unterstützen sie in ihren Kämpfen um  
787 Demokratie.

788 Unter Menschen mit ostdeutschen Biographien verstärken sich teilweise Skepsis gegenüber  
789 staatlichen Institutionen, geringeres zivilgesellschaftliches Engagement und Zustimmung zu  
790 demokratiefeindlichen Kräften wechselseitig. Dem setzen wir eine aktive Stärkung von  
791 Zivilgesellschaft und Ehrenamt entgegen, unter anderem durch Beteiligungsformate.  
792 Demokratische Mitbestimmung soll so früh wie möglich beginnen: Kinder- und Jugendbeteiligung  
793 soll flächendeckend gestärkt und gesetzlich vorgesehene Klassenräte ab Klasse 1 konsequent  
794 umgesetzt werden.

795  
796 Dem massiven Problem von zunehmender rechter Jugendgewalt gerade auch in den Ostberliner  
797 Bezirken begegnen wir, indem wir Angebote der Prävention und der Demokratiebildung stärken  
798 und die offene Jugendarbeit und Jugendfreizeiteinrichtungen als Alternativangebote  
799 angemessen und langfristig finanziell ausstatten.

800

801 Förderung und Repräsentation stärken  
 802 Ostdeutsche Sozialisation ist ein soziales und biographisches Vielfaltsmerkmal. Sie umfasst  
 803 insbesondere Geburts- oder Wohnorte, biografische und intergenerationelle Prägungen sowie  
 804 Migrationsgeschichten, etwa die der sogenannten Vertragsarbeiter\*innen. Wir wollen die  
 805 Berliner Datenlage zu Menschen mit ostdeutscher Sozialisation verbessern und dafür bewährte  
 806 Monitoringverfahren verwenden.

807  
 808 Vielfalt muss sich auch in Entscheidungspositionen widerspiegeln, doch ostdeutsche  
 809 Perspektiven sind hier weiterhin unterrepräsentiert. Das zeigt sich in der Wirtschaft, aber  
 810 auch in Behörden, landeseigenen Betrieben und öffentlichen Institutionen. Diese Schieflage  
 811 ist ein Verlust für die Stadt. Wir gestalten Karriere- und Entwicklungswege in der Verwaltung  
 812 transparenter und setzen uns für eine angemessene Repräsentation ostdeutscher Biographien  
 813 und Perspektiven in allen Bereichen ein.

814  
 815 Chancengerechtigkeit herstellen  
 816 Im Osten wird deutlich weniger vererbt, häufiger zur Miete gewohnt und im Durchschnitt  
 817 niedriger entlohnt. Menschen mit Ostsozialisation sind dadurch sowohl in der  
 818 Erbesgesellschaft als auch in der Leistungsgesellschaft benachteiligt. Wir setzen uns auch  
 819 darum auf Bundesebene für eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer ein. Eine Änderung  
 820 des Mietrechts zur Sicherung stabiler und bezahlbarer Mieten wirkt ebenfalls besonders im  
 821 Osten.

822  
 823 Wir kämpfen für gleiche, faire Löhne sowohl durch eine erhebliche Erhöhung des Mindestlohnes  
 824 auf Landes- wie Bundesebene sowie durch Erhöhung der Tarifbindung und unterstützen daher die  
 825 gewerkschaftliche Selbstorganisation und die Gründung von Betriebsräten.

## 826 4.6. Kampf gegen Rechtsextremismus – Demokratie 827 schützen

828 In Berlin leben wir eine wehrhafte, offene und vielfältige Demokratie. Alle Menschen sollen  
 829 hier frei leben, ihre Meinung äußern und sich engagieren können – ohne Angst vor  
 830 Einschüchterung, Hass oder Gewalt. Rechtsmotivierte Straftaten erreichen Höchststände und  
 831 bilden unter den politisch motivierten Straftaten mit Abstand die größte Gruppe.  
 832 Rechtsextreme Akteur\*innen sind dabei online wie offline aktiv. BIPOC, Kulturschaffende,  
 833 Kommunalpolitiker\*innen, Initiativen und Ehrenamtliche erleben Drohungen und Anfeindungen  
 834 und zunehmend auch körperliche Übergriffe. Rechtsextremismus ist ein Sicherheitsrisiko, für  
 835 unsere Demokratie und die Berliner\*innen. Auch in Berlin kommt es nun zu vermehrten Attacken  
 836 und Übergriffe auf die queere Community – und zu rechtsextremen Störungsversuchen und  
 837 Gegenprotesten beim CSD und Marzahn Pride. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus  
 838 treten wir Bündnisgrüne entschlossen und auf allen Ebenen entgegen. Wir setzen uns für eine  
 839 starke Prävention, konsequente Strafverfolgung und den Schutz von Betroffenen ein. Staat,  
 840 Zivilgesellschaft, Bildung, Medien und Justiz müssen dabei an einem Strang ziehen. Wir  
 841 fördern eine demokratische Kultur, in der Vielfalt geachtet wird, Fakten geschützt werden  
 842 und solidarisches Handeln gestärkt wird – in Berlin, im Netz und auf der Straße. Unser Ziel:  
 843 eine Stadt, in der rechtsextreme Ideologien keinen Nährboden finden und demokratische  
 844 Teilhabe für alle gesichert ist.

## 845 Rechtsextremismus frühzeitig vorbeugen

846 Wir Grüne erweitern das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus  
847 sowie die Landeskommision gegen Gewalt, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig zu  
848 sichern und weiterzuentwickeln. Ziel ist es, Radikalisierung, besonders im Netz, und die  
849 Verjüngung gewaltbereiter Gruppen wirksam zu bekämpfen. Die Senats-Bildungsverwaltung muss  
850 in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Expert\*innen gewährleisten, dass  
851 Bildungseinrichtungen die Gefahren des Rechtsextremismus aufgreifen und im Umgang mit  
852 rechtsextremen Ideologien professionell unterstützt werden, um Radikalisierung vorzubeugen.  
853 Denn Kinder und Jugendliche rücken zunehmend als Zielgruppe rechtsextremer Rekrutierung in  
854 den Fokus. Daher bauen wir digitale Präventionsangebote wie spezialisierte Digital  
855 Streetwork aus und fördern in allen Altersgruppen Medienkompetenz, um Desinformation und  
856 Hass frühzeitig zu erkennen. Social-Media-Plattformen wie Instagram und TikTok müssen ihrer  
857 Verantwortung nachkommen und entsprechende Inhalte löschen. Präventionsprojekte an Schulen  
858 sichern wir dauerhaft und machen den Umgang mit Rechtsextremismus zu einem verpflichtenden  
859 Teil der Ausbildung des pädagogischen Fachpersonals (Lehrkräfte, Erzieher\*innen etc.).

860 Ebenso sollen die pädagogischen Fachkräfte regelmäßig Fort- und Weiterbildungen absolvieren.  
861 Jeder Vorfall an Schulen muss ernst genommen und konsequent aufgearbeitet werden. Kinder-  
862 und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken wir im Umgang mit rechtsextremen Einstellungen. Mit  
863 einem ressortübergreifenden Sicherheitstreffen aus Land und Bezirken, werden wir gegen die  
864 Zunahme rechtsextremer Jugendgewalt vorgehen.

## 865 Betroffene rechter Gewalt wirksam schützen

866 Die Zahl rechtsmotivierter Staf- und Gewalttaten ist in den letzten Jahren drastisch  
867 gestiegen. Betroffene rechter Gewalt müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Fälle  
868 ernst genommen, als politische motivierte Straftaten erfasst, zügig aufgeklärt und ohne  
869 weitere Viktimisierung bearbeitet werden. Dafür braucht es stärkere Informations- und  
870 Beratungsangebote, vereinfachte Melderegister-Sperrungen, gut finanzierte  
871 Monitoringstrukturen und Registerstellen. Ziel ist es, dass jeder Vorfall und jede Anzeige  
872 ernst genommen, jeder Angriff aufgeklärt und jede Bedrohung wirksam abgewehrt wird. Wir  
873 stärken Opferberatungsstellen sowie zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, die sich gegen  
874 rechtsextreme Bedrohungen einsetzen oder Ziel von rechtsextremen Angriffen und  
875 Diffamierungskampagnen werden. Polizei und Justiz müssen rechte Straftaten schnell erkennen,  
876 konsequent verfolgen und Betroffene transparent über ihre Handlungsoptionen sowie die  
877 Ermittlungsschritte informieren. Dazu gehören gut geschulte und sensibilisierte Polizei und  
878 Staatsanwaltschaften, ein effizient arbeitender Staatsschutz sowie die konsequente  
879 Vollstreckung offener Haftbefehle gegen rechtsextreme Täter\*innen.

## 880 Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen

881 Wir Bündnisgrüne wollen, dass rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgt und Betroffene  
882 wirksam geschützt werden. Polizei und Justiz müssen rechtsextreme Gewalt schnell erkennen,  
883 korrekt einordnen und zügig strafrechtlich ahnden – auch bei vermeintlich geringfügigen  
884 Delikten. Dazu stärken wir den Staatsschutz, schulen Staatsanwaltschaften regelmäßig zu  
885 aktuellen Entwicklungen und vollstrecken offene Haftbefehle konsequent.  
886 Rechtsextremist\*innen, Reichsbürger\*innen und Verschwörungsideolog\*innen müssen systematisch  
887 zum Schutz der gesamten Gesellschaft entwapnet werden. Aber auch im Internet gehen wir  
888 entschieden gegen Hass und Hetze vor und stärken Beratungsstrukturen für Betroffene. Eine  
889 zentrale Meldestelle für digitale Gewalt soll als Kompetenzzentrum fungieren, Meldungen

890 aufnehmen und die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden koordinieren. Wir wollen den  
891 öffentlichen Dienst, insbesondere Stellen in sensiblen oder sicherheitsrelevanten Bereichen,  
892 vor Rechtsextremist\*innen schützen. Dazu werden wir interne Beschwerde- und Meldestrukturen  
893 verbessern und ausbauen. Disziplinarverfahren gegen Verfassungsfeinde im Staatsdienst müssen  
894 konsequent durchgeführt werden.

## 895 4.7. Kulturmetropole – Berlin ist und bleibt Kultur

### 896 4.7. Berlin ist Kultur - Kulturmetropole stärken

897 Die Kulturmetropole Berlin ist einzigartig: Keine andere Stadt hat eine so attraktive,  
898 vielfältige und zugleich dynamische Kunst- und Kulturlandschaft. Sie ist das Zuhause von  
899 Hunderttausenden von Künstler\*innen und Kreativen und auch deshalb ein Magnet für Menschen  
900 aus aller Welt. Hier entsteht ständig etwas Neues, gehen gesellschaftliche Entwicklungen und  
901 individuelle Entfaltung, globaler Austausch und künstlerische Innovation Hand in Hand. Es  
902 ist heute wichtiger denn je, dass wir diese Kulturangebote und Kulturorte haben, denn sie  
903 verhandeln und treiben gesellschaftliche Entwicklungen und schaffen Räume, in denen Menschen  
904 zusammenkommen. Wir brauchen diese Angebote in der ganzen Stadt, in den Kiezen und auf den  
905 großen Bühnen, in den kleinen Galerien und in den großen Museen; hinzu kommt der Bedarf an  
906 kulturellen Bildungsangeboten für die ganz Kleinen und für die Großen. Kultur ist die Basis  
907 für Berlins Identität und internationale Ausstrahlung, aber auch für einen bedeutenden Teil  
908 der Wertschöpfung und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt.

909 Berlin ist Kultur: Unter diesem Motto hat sich im Winter 2024/25 ein breites Bündnis aus  
910 Kunst- und Kulturschaffenden, ihren Verbänden sowie öffentlichen und privaten  
911 Kultureinrichtungen gegründet. Ziel ist es, gegen die verheerenden Kürzungen der schwarz-  
912 roten Koalition zu protestieren. Wir Bündnisgrüne stehen an ihrer Seite – bei der  
913 Verteidigung der Kunstfreiheit und der Unabhängigkeit öffentlicher Kultureinrichtungen. Beim  
914 Kampf für eine gute kulturelle Grundversorgung in der ganzen Stadt, die Kulturelle Bildung  
915 und Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel oder ihrer Herkunft  
916 sicherstellt. Und bei der berechtigten Forderung, dass Kulturarbeit endlich angemessen  
917 entlohnt wird und nicht mehr automatisch mit prekärer Beschäftigung und Altersarmut  
918 einhergeht. Gerade im Musik-, Film- und Medienbereich werden diese prekären  
919 Arbeitsbedingungen durch die wachsende Abhängigkeit von wenigen globalen Plattformen,  
920 intransparenten Algorithmen und unfairen Verwertungspraktiken verschärft. Gemeinsam mit der  
921 Kulturszene streiten wir deshalb auch für ein Berliner Kulturförderungsgesetz.

922 Kulturförderung gerecht, transparent und zukunftsfähig gestalten

923 Wir werden ein Kulturförderungsgesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst- und  
924 Kulturlandschaft langfristig absichert. Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der  
925 städtischen Kulturszene, ihren Verbänden und Akteur\*innen auch neue Wege beschreiten, damit  
926 öffentliche Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa  
927 durch eine Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung  
928 einzelner Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität  
929 und ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen  
930 Bildung und Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und  
931 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie  
932 Fachjürs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungs- und

933 Auswahlverfahren, vor allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer  
934 Kulturinstitutionen.

935 Wir Grüne setzen uns für verbindliche Mindesthonorare und -gagen ein und wollen gemeinsam  
936 Wege finden, steigende Tarif- und Betriebskosten zu refinanzieren, auch in der  
937 Projektförderung. Denn Berlins Kulturbetriebe brauchen nach dem Haushaltschaos der letzten  
938 Jahre endlich wieder Planungssicherheit. Die Freie Szene möchten wir stärken, sie ist mit  
939 ihren kleinen Spielstätten, Projekträumen und Veranstaltungsorten ein essenzieller  
940 Bestandteil des Kulturangebots – in der Breite wie in der Spitze. Dafür setzen wir adäquate  
941 Einnahmen aus der City Tax ein: Wenn ein Großteil der Tourist\*innen wegen unserer  
942 Kulturszene nach Berlin kommt, muss sie auch adäquat davon profitieren dürfen!

943 Kreative Räume in der Stadtentwicklung verankern

944 Berlins Status als Kulturmetropole gründet auf der einzigartigen Mischung aus Ateliers und  
945 Proberäumen, den vielen Aufführungs- und Präsentationsorten wie Theatern und Museen, sowie  
946 den Clubs und urbanen Freiräumen. Doch viele Künstler\*innen, Kreative und Kulturbetriebe  
947 sind massiv gefährdet durch steigende Wohn- und Gewerbemieten, Immobilienspekulation und  
948 Verdrängung. Deshalb wollen wir die drastischen Kürzungen beim Arbeitsraumprogramm  
949 rückgängig machen und dieses zugleich reformieren: Neben einer generellen Ausweitung des  
950 Raumangebots braucht es eine bessere Berücksichtigung aller künstlerischen Sparten und die  
951 Einführung neuer Fördermodelle, die auch historisch gewachsenen Strukturen und örtlichen  
952 Besonderheiten gerecht werden. Dabei setzen wir vor allem auf die kulturelle Nutzung und  
953 Nachnutzung öffentlicher Immobilien, strategische Ankäufe und die Schaffung zusätzlicher  
954 Kulturräume bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere: Kulturorte und -angebote sind ein  
955 integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur und müssen daher  
956 in der Stadtentwicklungs- und Liegenschaftspolitik auch endlich entsprechend berücksichtigt  
957 werden. Wir Bündnisgrüne machen Schluss mit der Vergabe von Landesimmobilien unter der Hand  
958 an private Investor\*innen wie im Fall der Alten Münze und sorgen dafür, dass Kultur bei der  
959 Entwicklung von so wichtigen Orten wie den ehemaligen Flughäfen Tempelhof und Tegel, dem ICC  
960 und Molkenmarkt oder der Nalepastraße nicht aus dem Blick gerät. Gleichzeitig unterstützen  
961 wir die Pläne der Spartenverbände für ein House of Jazz / Zentrum für Improvisationsmusik  
962 sowie für ein Haus für Tanz und Choreografie.

963 Mit dem Ausbau des Kulturkatasters, einem Stadtentwicklungsplan „Kultur“ und neuen  
964 Beteiligungsgremien schaffen wir die notwendige Transparenz und Planungssicherheit – und mit  
965 der kostenfreien Überlassung von öffentlichen Dienstgebäuden die Möglichkeit, geeignete  
966 Räumlichkeiten temporär auch für kulturelle Zwecke zu nutzen.

967 Vielfalt, Gleichstellung und Schutz vor Machtmissbrauch stärken

968 Frauen und Menschen, die finanziell benachteiligt sind, sowie Menschen mit Behinderungen und  
969 BIPOC sind in weiten Teilen des Kulturbetriebs immer noch unterrepräsentiert, das gilt  
970 insbesondere für Leitungspositionen. Damit das anders wird setzen wir auf fachliche  
971 Standards, wie Geschlechterparität und divers besetzte Jurys, die Förderung von Vorhaben wie  
972 FairStage, ProQuote und dem Spielplan „Audiodeskription“ sowie die Ausweitung der Arbeit von  
973 Diversity Arts Culture und des barrierefreien Umbaus der öffentlichen Kultureinrichtungen.  
974 Um Machtmissbrauch zu bekämpfen und vorzubeugen, werden wir das bereits vorliegende Konzept  
975 für eine zentrale Beschwerdestelle nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)  
976 umsetzen und die öffentlichen Kulturbetriebe dabei unterstützen, proaktiv gegen Fälle von  
977 MeToo und Diskriminierung vorzugehen.

978 Klimaneutrale Kultur voranbringen

979 Wenn Berlin klimaneutral werden soll, muss es auch sein Kulturbetrieb werden. Das gilt  
980 insbesondere für die großen Emittenten von Treibhausgasen.

981 Dafür entwickeln wir in Kooperation mit der Green-Culture-Anlaufstelle des Bundes Strukturen  
982 und Programme auch auf Landesebene, etwa für mehr Energieeffizienz in Berlins öffentlichen  
983 Kulturimmobilien, die Wiederverwendung von Kulissen und sonstigen Bühnenmaterialien oder  
984 eine bessere Klimabilanz im Gastspielbetrieb oder bei Großveranstaltungen.

985 Kulturelle Bildung für alle zugänglich machen

986 Im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik steht die kulturelle Teilhabe aller Menschen. Wir  
987 wissen, dass auch unsere Kulturlandschaft noch einen langen Weg vor sich hat, um wirklich  
988 inklusiv zu sein. Das wollen wir ändern, gemeinsam mit der Berliner Kulturszene. Dies  
989 beginnt mit guter Kultureller Bildung für alle und in den Bezirken. Wir Grüne stehen für  
990 eine entsprechende Grundversorgung mit Stadtteilbibliotheken, Musik- und Jugendkunstschiulen,  
991 Kommunalen Galerien und Kinder- und Jugendtheatern. Wir wollen bezahlbare Kulturangebote in  
992 allen Teilen der Stadt und gerade auch außerhalb des S-Bahn-Rings. Wir stehen zu dem  
993 Versprechen, die maroden Standorte der Zentralen Landesbibliothek endlich unter einem  
994 modernen Dach zusammenzuführen und als meistbesuchte Kultur- und Bildungseinrichtung der  
995 Stadt zu einem echten Dritten Ort zu machen. Wir stärken die Musikschulen, indem wir endlich  
996 die geltende Rechtsprechung umsetzen und aus Honorar- Festanstellungen machen. Und wir  
997 stärken Berlins kleine Kinder-, Jugend- und Puppentheater – damit kurze Beine auch nur kurze  
998 Wege zurücklegen müssen, um Kultur kennenzulernen. Wir möchten, dass Berliner Schüler\*innen  
999 mindestens viermal im Jahr eine Kultureinrichtung besuchen können.

1000 Es ist gut, dass Vermittlungsangebote und Outreach-Programme zwischenzeitlich ein fester  
1001 Bestandteil der Berliner Kultur- und Bildungslandschaft sind.

1002 Wir wollen, dass Kulturelle Bildung ein integraler Bestandteil aller öffentlich geförderten  
1003 Kultureinrichtungen wird und dies im neuen Kulturfördergesetz verankern. Zur besseren  
1004 Verzahnung der Kultur- und Bildungspolitik entwickeln wir das Rahmenkonzept Kulturelle  
1005 Bildung weiter und setzen die Empfehlungen des Rundes Tisches für eine bessere Kooperation  
1006 zwischen Kultureinrichtungen, Schulen und Kita um. Zusätzlich werden wir den Berliner  
1007 Projektfonds Kulturelle Bildung ausbauen und die Unabhängigkeit der Fachjury wieder stärken:  
1008 Eingriffe in deren Arbeit, wie seitens der CDU, lehnen wir strikt ab.

1009 Kulturelle Teilhabe kostenfrei ermöglichen

1010 Nicht nur junge Menschen stoßen schnell an Grenzen, wenn es um die Bezahlbarkeit von Kultur  
1011 geht. Wir Bündnisgrüne wollen, dass kulturelle Teilhabe keine finanzielle Frage ist, sondern  
1012 allen Berliner\*innen offensteht. Deshalb wollen wir den kostenfreien Museumssonntag wieder  
1013 einführen und schrittweise ausweiten: Langfristig sollten nicht nur Bezirksmuseen und  
1014 kommunale Galerien keinen Eintritt kosten, sondern auch die Dauerausstellungen der  
1015 Landesmuseen. Wir investieren in die nötige Ausstattung öffentlicher Veranstaltungsorte,  
1016 weiten eintrittsfreie Open-Air-Formate aus und fördern öffentliche Veranstaltungen wie die  
1017 Fête de la Musique und den Karneval der Kulturen stärker. Da der Bund den KulturPass für  
1018 junge Erwachsene gestrichen hat, wollen wir ein alternatives Angebot durch das Land Berlin  
1019 entwickeln.

1020 Erinnerungskultur leben und koloniale Vergangenheit aufarbeiten

1021 Erinnerungskultur wächst in einer demokratischen Gesellschaft von unten. Wir Grüne  
1022 unterstützen Einrichtungen und Initiativen, die unsere gemeinsame Geschichte sichtbar  
1023 machen: vom Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, die Aufarbeitung der SED-  
1024 Diktatur und von kolonialem Unrecht, über die Erinnerung an sexualisierte Gewalt gegen  
1025 Frauen in Kriegen und die Umbrüche der Nachwendezeit, bis hin zu einer Erinnerungskultur in  
1026 der modernen Einwanderungsgesellschaft. Zur Sicherung der queeren Geschichte und der  
1027 Diskriminierungsgeschichte von LSBTIQ\* in unserer Stadt unterstützen wir neben der wichtigen  
1028 Arbeit des Schwulen Museums auch die Einrichtung des queerfeministischen Archivzentrums. Wir  
1029 sichern die Arbeit der Gedenkstätten, fördern ihre historische Bildungsarbeit und  
1030 verteidigen sie gegen alle Angriffe und politischen Missbrauch von außen. Gemeinsam mit dem  
1031 Bund werden wir den Ausbau der ehemaligen Stasi-Zentrale zu einem Campus für Demokratie  
1032 weiter vorantreiben. Wir verurteilen entschieden den nationalistischen und revanchistischen  
1033 Missbrauch von historischen Denk- und Ehrenmalen wie sie etwa an sowjetischen  
1034 Kriegsdenkmälern und Friedhöfen stattgefunden haben. Dort, wo es mit Blick auf die  
1035 zeitgenössische Forschungslage und Erinnerungskultur erforderlich ist, wollen wir  
1036 historische Denk- und Ehrenmale angemessen kontextualisieren.

1037  
1038 Das von uns initiierte und von der Zivilgesellschaft erarbeitete gesamtstädtische  
1039 Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ wollen wir schrittweise umsetzen, einschließlich  
1040 eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes. Die Aufarbeitung von Berlins kolonialer  
1041 Vergangenheit werden wir konsequent fortführen, indem wir die Koordinierungsstelle  
1042 „Decolonize Berlin“ stärken und die Provenienzforschung zu den Beständen der Berliner Museen  
1043 und Sammlungen sowie in der wissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen ausweiten. Wir  
1044 erleichtern die Rückgabe von Raubkunst und menschlichen Gebeinen sowie die Umbenennung von  
1045 Straßennamen mit kolonialen, rassistischen und antisemitischen Bezügen. Und wir machen die  
1046 verlängerte UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin sichtbar, etwa indem wir  
1047 entsprechende zivilgesellschaftliche Aktivitäten gezielt fördern und in der öffentlichen  
1048 Verwaltung auch strukturell verankern. Der Städtepartnerschaft mit Windhoek kommt hier eine  
1049 besondere Bedeutung zu. Berlin trägt eine historische Verantwortung für den Genozid an den  
1050 Herero und Nama. Im Sinne einer dekolonialen Perspektive werden wir die Städtepartnerschaft  
1051 ausbauen und insbesondere den zivilgesellschaftlichen Austausch verstärken.

1052 Pulsierende Kulturräume sichern und fördern

1053 Wir Bündnisgrüne stehen für Subkultur, die freie Szene und die vielen kleinen Orte der  
1054 Kreativität. Doch wir wissen auch: Eine Metropole wie Berlin braucht Orte für Großkonzerte,  
1055 spektakuläre Veranstaltungen und Auftritte von Weltstars. Dass Adele oder Taylor Swift  
1056 lieber nach München oder Gelsenkirchen statt nach Berlin gekommen sind, ist ein  
1057 Armutszeugnis für Berlin. Dass die ZDF-Silvesterparty vom Brandenburger Tor nach Hamburg  
1058 zieht, ist einer Hauptstadt nicht würdig. Wir wollen, dass auch solche Veranstaltungen in  
1059 Berlin stattfinden, und werden Orte wie das Vorfeld des Flughafens Tempelhof, die Straße des  
1060 17. Juni oder das Olympiagelände inklusive der Waldbühne gezielt weiterentwickeln, um dort  
1061 große Konzerte, Festivals oder Straßenfeste stattfinden lassen zu können. Die Konzerte der  
1062 Band „Die Ärzte“ und das Projekt „Labor Tempelhof“ haben eindrücklich gezeigt, wie  
1063 Großveranstaltungen klimaneutral und ressourcenpositiv funktionieren können. Wir wollen und  
1064 werden dies, wo möglich, immer im städtischen Eigenbetrieb und auf städtischen Flächen  
1065 praktizieren und leihen Verträge mit Eventim wie bei der Waldbühne ab.



## 4.8. Presse und Medien – unabhängig, qualitativ und zukunftsfest

Berlin hat das Zeug, zu einer der wichtigsten Medienmetropolen des Kontinents zu werden. Die Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität von Journalismus sind zugleich ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wir Bündnisgrüne wollen, dass unsere Stadt ein Safer Space für Medienschaffende und Journalist\*innen aus aller Welt bleibt. Zugleich muss der gesellschaftliche Wert von Journalismus auch Ausdruck finden in einer fairen und angemessenen Bezahlung der Beschäftigten. Wir investieren in ihre Ausbildung und die allgemeine Medienkompetenz, stärken die Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und fördern gezielt die hiesige Filmbranche und Kinolandschaft.

Dabei stellen wir uns auch den Herausforderungen, mit denen unsere Gesellschaft und Medienlandschaft konfrontiert wird: Neue Medien und verändertes Mediennutzungsverhalten, politisch motivierte Angriffe auf die Pressefreiheit, Desinformation und Hatespeech sowie die zunehmende Monopolbildung und Abhängigkeit in der globalen Plattform-Ökonomie. Der vermehrte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, zunehmend prekäre Einkommensverhältnisse und die Aushöhlung journalistischer Standards erhöhen ebenfalls den Druck auf Medienschaffende.

Pressefreiheit schützen und Medien stärken

Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut – wir Bündnisgrüne möchten sie mit aller Kraft verteidigen. Investigative Recherche und Faktenchecks wollen wir insbesondere durch die Stärkung von Informationsrechten unterstützen. Wir beobachten mit Sorge, dass Journalist\*innen und Medienschaffende nicht nur angegriffen, sondern auch durch politisch motivierte Klagen eingeschüchtert werden und wollen sie davor schützen. Wir setzen uns für selbstorganisierte Orte und Netzwerke ein, die exilierten und lokalen Journalist\*innen ermöglichen, ihre unersetzliche Arbeit fortzusetzen und davon in Berlin leben zu können. Wir machen uns stark für eine bessere, flächendeckende, soziale Absicherung und faire, wirtschaftliche Teilhabe von Medienschaffenden. Wir wollen, dass diese von den Umsätzen und Erlösen ihrer Tätigkeit angemessen profitieren – etwa durch eine Stärkung ihrer Persönlichkeits- und Urheberrechte sowie eine erleichterte Einbindung in die Sozialversicherungssysteme.

Urheber\*innen angemessen an Gewinnen beteiligen

Wir werden Geschäftsmodelle, die auf der unentgeltlichen Nutzung unseres kulturellen Erbes und kreativer Arbeit beruhen, bekämpfen. Es darf nicht sein, dass auf der einen Seite multimilliardenschwere Konzerne entstehen und Rekordgewinne erwirtschaften, während es sich die Kreativen nicht mehr leisten können in Berlin zu leben. Künstliche Intelligenz beschleunigt diese Entwicklungen – und rüttelt an der Identität Berlins. Wir wollen verhindern, dass Wirtschaftsinteressen unsere Kultur- und Medienlandschaft zerstören.

Wir stehen für einen attraktiven und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Deshalb werden wir den begonnenen Reformprozess weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten. Neben mehr Transparenz, einer vielfältigen und diversen Besetzung von Leitungspositionen und Gremien, einer soliden Finanzierung und fairen Arbeitsbedingungen braucht es einen Hauptstadtssender rbb, dessen Informations- und Unterhaltungsformate der Vielfalt Berlins und seines Umlandes wirklich gerecht werden. Das alles ist auch eine Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz in einer Zeit, in der antidemokratische Kräfte gezielt versuchen, die Integrität und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu untergraben. Wir stärken einen

1110 vielfältigen, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der unabhängige Informationen  
1111 bietet und die freie Meinungsbildung fördert.

1112 Film- und Kinoförderung weiterentwickeln

1113 Die Bedeutung des Films für Berlin ist enorm. Studios, Sender, Produktionsfirmen und  
1114 Plattformen sowie die Vielzahl an Beschäftigten und Dienstleister\*innen sind ein wichtiger  
1115 Teil der städtischen Wertschöpfung und der kreativen Infrastruktur. Gleichzeitig steht die  
1116 Filmstadt Berlin vor der Herausforderung, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, faire  
1117 Entlohnung sowie künstlerische und technologische Innovationen gleichermaßen zu  
1118 gewährleisten. Deshalb wollen wir Bündnisgrüne die bestehenden Fördersysteme  
1119 weiterentwickeln. Wir möchten Frauen, Ostdeutsche und BIPOC in der Filmförderung stärken,  
1120 denn ihre Perspektiven sind nach wie vor unterrepräsentiert. Neben mehr Transparenz, der  
1121 Stärkung der VFX-Förderung, verbindlichen sozialen Mindeststandards und der Qualifizierung  
1122 der Auswahlverfahren liegt unser Fokus auf der Nachwuchsförderung und einer zeitgemäßen  
1123 Ausbildungslandschaft. Das gilt gleichermaßen für die Förderung von Filmfestivals: Wir  
1124 wollen vor allem die kleinen, innovativen Formate als Schaufenster stärken und besser  
1125 miteinander vernetzen. Auch Kinos sind Kulturorte und für die Präsentation, Pflege und  
1126 Bewahrung unseres visuellen Kulturerbes unerlässlich. Wir wollen sie deshalb nach  
1127 Möglichkeit flächendeckend erhalten und die neue Kinoförderung dabei stärker an den  
1128 Bedürfnissen der Programmkinos mit kuratierten Programmen sowie an Kriterien wie  
1129 Dezentralität und Teilhabe ausrichten.

#### 1130 4.9. Religion und Weltanschauung – vielfältig, tolerant 1131 und miteinander

1132 Berlin zeichnet sich auch durch seine religiöse und weltanschauliche Vielfalt aus. Wir  
1133 Bündnisgrüne verteidigen die im Grundgesetz verankerte Religions- und  
1134 Weltanschauungsfreiheit. Genauso unterstützen wir die Freiheit aller Menschen, die keiner  
1135 Religion oder Weltanschauung angehören. Kirchen, Synagogen, Moscheen, Tempel und weitere  
1136 religiöse Einrichtungen sind wichtige Orte, in denen sich Menschen milieuübergreifend  
1137 werteorientiert begegnen. Sie bilden für viele Menschen in Berlin ein verlässliches soziales  
1138 Netz und sind genau wie ihre sozialen Träger wichtig für den sozialen Zusammenhalt.

1139 In Zeiten, in denen einzelne Glaubensgemeinschaften vermehrt zur Zielscheibe von Hass,  
1140 Gewalt und Intoleranz werden, stehen wir an ihrer Seite. Zudem schützen wir die  
1141 Einrichtungen, Veranstaltungen und die öffentliche Sichtbarkeit der Religions- und  
1142 Weltanschauungsgemeinschaften und fördern ihren Dialog untereinander: etwa durch den Erhalt  
1143 und Ausbau von Gemeinwesenzzentren als wichtigen soziokulturellen Anlauf- und  
1144 Beratungsstellen vor Ort. Vorhaben wie Mehr-Religionen-KiTa unterstützen wir. Wir halten am  
1145 Berliner Modell des freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterrichts an Berliner  
1146 Schulen fest, wollen ihn stärken und für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Eine Abwicklung  
1147 dieses Berliner Modells lehnen wir ab. Die katholische Theologie ist zwischenzeitlich an der  
1148 Humboldt-Universität abgesichert; wir setzen uns dafür ein, dass auch die Alevitische  
1149 Gemeinde zu Berlin als anerkannte Glaubensgemeinschaft dort einen eigenen Lehrstuhl erhält,  
1150 um die Ausbildung von Lehrkräften für den alevitischen Religionsunterricht auf ein solides  
1151 akademisches Fundament zu stellen. Wir setzen uns für die Sichtbarkeit alevitischen Lebens  
1152 in Berlin ein und für die Förderung ehrenamtlicher Strukturen in alevitischen Gemeinden.  
1153 Gleichzeitig machen wir uns dafür stark, dass Berlin die Staatsleistungen an die Kirchen  
1154 abschaffen kann, indem der Bund die Grundlage dafür schafft. Wir wollen das

1155 Kirchengesetz Berlin dahingehend ändern, dass für die austretenden  
1156 Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an, dass künftig Kirchengesetze auch  
1157 im Online-Verfahren möglich sind.

1158 Religionsausübung gleichberechtigt ermöglichen

1159 Wir Grüne wollen es allen Menschen ermöglichen, ihre religiösen und weltanschaulichen  
1160 Überzeugungen öffentlich und ohne Benachteiligung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften  
1161 leben zu können. Gleichzeitig streiten wir für die Rechte derer, die keiner Religion oder  
1162 Weltanschauung (mehr) angehören wollen.

1163 Ob Hijab, Kippa, Turban oder andere religiöse Symbole: Berlins Vielfalt muss auch im  
1164 öffentlichen Dienst sichtbar sein. Deshalb folgen wir beim Neutralitätsgesetz der  
1165 langjährigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und schaffen es endlich ab. Wir  
1166 ändern das Ladenschlussgesetz zugunsten jüdischer Geschäfte mit koscheren Lebensmitteln,  
1167 damit sie auch an Sonntagen anstelle von Samstagen öffnen können. Und wir stärken den Schutz  
1168 jüdischer und muslimischer Feiertage. Auch bei der Telefon- oder Gefängnisbesuche darf der  
1169 Glaube keinen Unterschied machen: Kürzungen zulasten einzelner religiöser Gruppen sind  
1170 nicht weiter hinnehmbar. Außerdem liberalisieren wir die gesetzlichen Vorgaben bei  
1171 Bestattungen, damit religiöse wie nicht-religiöse Menschen ihre Angehörigen so bestatten  
1172 lassen können, wie es ihren eigenen Vorstellungen oder den Vorschriften ihrer  
1173 Religionsgemeinschaft entspricht. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen der  
1174 Erinnerungskultur sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere den  
1175 beiden großen christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten  
1176 zivilgesellschaftlichen Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der  
1177 kulturellen Vielfalt unserer Stadt besser gerecht werden.

1178 Interreligiösen Dialog und Gemeinwesenzentren fördern

1179 Wir Grüne unterstützen den Dialog der verschiedenen Glaubensgemeinschaften und  
1180 interreligiöse Formen des Gedenkens. Es braucht Orte, in denen sich Menschen begegnen und  
1181 austauschen können. Doch insbesondere kleinere Gemeinschaften können sich stadtweit eigene  
1182 Räume nicht mehr leisten. Deshalb verfolgen wir Bündnisgrüne weiterhin das Konzept der  
1183 Gemeinwesenzentren, die zu unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Zwecken und  
1184 auch gemeinsam genutzt werden können. Neben dem Erhalt von solchen offenen Orten wollen wir  
1185 Räume wie diese als Teil der Quartiersentwicklung und sozialen Infrastrukturplanung  
1186 verankern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die meisten Gemeinschaften ihre (sozialen)  
1187 Beratungsangebote nicht nur ihren eigenen Mitgliedern zur Verfügung stellen, sondern allen,  
1188 die sie brauchen.

1189 Für uns ist klar: Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind eine Bereicherung für  
1190 unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen  
1191 Regimen stehen oder unsere Verfassung nicht vollumfänglich anerkennen. Damit ein  
1192 bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte nicht relativiert werden.

## 1193 4.10. Demokratische Teilhabe – Berlin gemeinsam 1194 gestalten

1195 Unser Berlin ist ein demokratisches Berlin und das werden wir mit aller Kraft erhalten. Der  
1196 Blick nach Ungarn oder in die USA zeigt, dass die Feinde der Demokratie die Arbeitsfähigkeit  
1197 von Parlamenten und Verfassungsgerichten untergraben und die demokratische Zivilgesellschaft

1198 bedrohen. Wir Bündnisgrüne stellen uns in Berlin allen Angriffen entschlossen entgegen. Wir  
1199 möchten die Resilienz unserer Einrichtungen und die Zivilgesellschaft stärken. Denn  
1200 gefestigte Institutionen und ehrenamtliches Engagement sind das Rückgrat unserer Demokratie.  
1201 Und weil starke Demokratien vom Engagement vor Ort leben, wollen wir die Beteiligung in Land  
1202 und Bezirken stärken, damit Berliner\*innen noch stärker in Entscheidungen eingebunden sind:  
1203 Repräsentative, direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen und ergänzen  
1204 sich.

#### 1205 Demokratiebildung und Zivilgesellschaft stärken

1206 Die schwarz-rote Koalition hat tragende Strukturen der Demokratieförderung ausgedünnt,  
1207 während Desinformation, Hass und digitale Gewalt in unregulierten Räumen wuchern. Wir Grüne  
1208 stehen an der Seite zivilgesellschaftlicher Strukturen, Vereine, Migrant\*innenorganisationen  
1209 und Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben,  
1210 schützen und wieder stärken. Wir führen ein Landesdemokratiefördergesetz ein und  
1211 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. Die Landeszentrale  
1212 für politische Bildung ist unverzichtbar, um Wissen über demokratische Strukturen und  
1213 politische Bildung und Selbstwirksamkeit zu vermitteln. Wir verurteilen die Angriffe der CDU  
1214 auf die Unabhängigkeit dieser Institution und werden ihren demokratischen Auftrag klar  
1215 verankern und ihre Arbeit stärken. Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen,  
1216 dass politisches Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt bleibt bzw. als solches  
1217 anerkannt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Zivilgesellschaft auch europäisch und  
1218 grenzübergreifend organisiert werden kann.

1219 Auch in den Jugendverbänden der demokratischen Parteien findet wichtige Demokratiebildung  
1220 statt, die jungen Menschen die Parteiendemokratie nahe bringt. Nach dem Vorbild des Bundes  
1221 und der meisten Bundesländer unterstützen wir die Einrichtung und Förderung eines Rings  
1222 politischer Jugendorganisationen in Berlin.

#### 1223 Beteiligung für alle ermöglichen

1224 Berliner\*innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit sind in Berlin in erheblichem Umfang  
1225 von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Der Ausschluss von fast einer Million  
1226 Menschen vom Wahlrecht führt zu einem strukturellen Demokratiedefizit.

1227  
1228 Wir Bündnisgrüne setzen uns weiterhin sowohl im Land Berlin als auch im Bundesrat dafür ein,  
1229 dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben, unabhängig von ihrer  
1230 Staatsangehörigkeit an Volksbegehren und -abstimmungen, den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und  
1231 zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) und perspektivisch auch zum Bundestag und zum  
1232 Europäischen Parlament teilnehmen können. Für dieses Ziel werden wir unnachgiebig bei den  
1233 anderen demokratischen Parteien werben.

1234 . Wir werden die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in allen Berliner Bezirken  
1235 sowie auf Landesebene ermöglichen und ihnen Rede- und Antragsrecht in den BVVen  
1236 beziehungsweise dem Abgeordnetenhaus und deren Ausschüssen geben, damit Kinder und  
1237 Jugendliche an der Gestaltung ihres Bezirks und ihrer Stadt mitwirken können.

1238  
1239 Gerade die Vielfalt an Perspektiven, Lebensgeschichten und Erfahrungen birgt ein großes  
1240 demokratisches und gesellschaftliches Potenzial, wenn politische Repräsentanz und Mitwirkung  
1241 sichergestellt werden. Bei dieser Wahl wird jetzt schon Geschichte geschrieben: Erstmals  
1242 dürfen auch 16-Jährige in Berlin mitwählen. Wir haben es geschafft, das Wahlalter zu senken!  
1243 Politik trifft heute Entscheidungen, die vor allem Kinder und junge Menschen langfristig

1244 betreffen, daher ist es unerlässlich, dass sie mit über ihre Zukunft bestimmen dürfen. In  
1245 einem nächsten Schritt setzen wir uns auf Landes- und Bezirksebene für eine Absenkung des  
1246 Wahlalters auf 14 Jahre ein.

1247 Demokratie lebt durch Engagement und Widerstandsgeist. Wir wollen alle demokratischen  
1248 Instrumente und den Einfluss der Zivilgesellschaft stärken und so deutlich machen, dass jede  
1249 Stimme zählt. Die Instrumente Direkter Demokratie in Berlin haben sich in den vergangenen  
1250 Jahren bewährt und wir werden sie weiterentwickeln und ausbauen. Dazu gehört insbesondere  
1251 die Einführung eines fakultativen Referendums, mit dem die Bürger\*innen ein Vetorecht  
1252 erhalten, falls das Abgeordnetenhaus ein im Volksentscheid verabschiedetes Gesetz ändert.  
1253 Bestehende Hürden und Schranken direktdemokratischer Instrumente werden wir kritisch prüfen  
1254 und so weit wie möglich abbauen. Wir wollen zudem Bürger\*innenentscheide auf Bezirksebene  
1255 verbindlich machen, die Beteiligungsbüros in den Bezirken stärken, Bürger\*innenhaushalte  
1256 ermöglichen, die Leitlinien zur Beteiligung endlich vollständig umsetzen und eine\*n  
1257 Beauftragte\*n einsetzen, um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben. Mit dem  
1258 Stadtvertrag „Beteiligung“ setzen wir auf echte, offene und im Ergebnis bindende  
1259 Beteiligungsprozesse. Wir unterstützen Bürger\*innenräte, in denen geloste Bürger\*innen  
1260 konkrete Themen im Kiez oder auf Landesebene auf Basis von Fachimpulsen und in moderierten  
1261 Verfahren konkrete Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche Debatte und die  
1262 parlamentarische Entscheidung erarbeiten.

1263 Resilienz demokratischer Institutionen stärken

1264 Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen werden wir Resilienzmechanismen  
1265 schaffen, um die Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit des Berliner Abgeordnetenhauses, des  
1266 Berliner Verfassungsgerichtshofs und der Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen.  
1267 Verfassungsfeinde haben im Staatsdienst nichts verloren.

1268 Verbotsverfahren gegen die AfD anstrengen

1269 Der Aufstieg der AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus in Deutschland ist die  
1270 größte Gefahr für unsere Demokratie. Geflüchtete, Muslim\*innen und Menschen mit  
1271 Migrationsgeschichte werden zur Zielscheibe politischen Hasses gemacht, ihre Angst wächst.  
1272 Rechtsextreme Straftaten befinden sich auf einem Allzeithoch, Angriffe auf  
1273 Geflüchtetenunterkünfte sowie rassistisch, antisemitisch und queerfeindlich motivierte  
1274 Straftaten und Hasskriminalität sind zur neuen Normalität geworden. Die Einstufung der AfD  
1275 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Partei muss  
1276 endlich Folgen haben. Wir werden alle Hebel in Bewegung setzen, damit das  
1277 Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der AfD entscheiden kann.

## 1278 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 4)

1279 Schutz vor Gewalt – Zwei neue Frauenhäuser für Berlin

1280 Mit dem Gewalthilfegesetz haben wir Bündnisgrüne in der Bundesregierung einen historischen  
1281 Meilenstein zum Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt gesetzt. Die Bundesmittel zur  
1282 Umsetzung des Gewalthilfegesetzes dürfen nicht für die allgemeine Haushaltsentlastung  
1283 missbraucht werden, sondern müssen in zusätzliche Gewalthilfemaßnahmen investiert werden.  
1284 Berlins Frauenhäuser sind überlastet. Zu oft müssen Frauen, die Schutz suchen, abgewiesen

1285 werden. Wir Bündnisgrüne wollen die Bundesmittel einsetzen, um unter anderem zwei neue  
1286 Frauenhäuser für Berlin zu öffnen.

1287 Kultur stärken – gerecht, transparent und nachhaltig mit dem  
1288 Kulturfördergesetz

1289 Wir Bündnisgrüne werden ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen, das die Berliner Kunst-  
1290 und Kulturlandschaft langfristig absichert. So sorgen wir dafür, dass Kulturangebote bei  
1291 allen ankommen! Dabei möchten wir in enger Zusammenarbeit mit der städtischen Kulturszene,  
1292 ihren Verbänden und Akteur\*innen auch neue Wege beschreiten, damit öffentliche  
1293 Kulturförderung künftig gerechter, nachhaltiger und zukunftsfähiger wird: etwa durch eine  
1294 Flexibilisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts, die gezieltere Förderung einzelner  
1295 Sparten und des künstlerischen Nachwuchses sowie durch mehr Interdisziplinarität und  
1296 ressortübergreifende Zusammenarbeit – gerade mit der Kreativwirtschaft, der Kulturellen  
1297 Bildung und der Urbanen Praxis. Auch die Kulturpolitik selbst muss kollaborativer und  
1298 transparenter werden: durch den verstärkten Einsatz von unabhängigen Auswahlgremien – wie  
1299 Fachjurs und Findungskommissionen – sowie durch transparente Ausschreibungsverfahren, vor  
1300 allem bei der Besetzung von Spitzenpositionen großer Kulturinstitutionen.

1301 Zivilgesellschaft stärken, Demokratie schützen – ein  
1302 Demokratiefördergesetz für Berlin

1303 Wir Grüne stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Strukturen, Vereine und  
1304 Initiativen, die vor Ort in den Kiezen und in der gesamten Stadt die Demokratie leben und  
1305 schützen. Um sie zu stärken, führen wir ein Landesdemokratiefördergesetz ein und  
1306 unterstützen und sichern ihr Engagement und ihre Arbeit damit nachhaltig. So schaffen wir  
1307 eine bessere finanzielle Planbarkeit mit fairen Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft.  
1308 Bei der Erarbeitung und Umsetzung des Gesetzes ist es unerlässlich, zivilgesellschaftliche  
1309 Projekte und Initiativen aktiv einzubinden.  
1310 Beteiligung soll über die Open-Source-Plattform [mein.berlin.de](http://mein.berlin.de) zentralisiert, digitalisiert  
1311 und durch bessere Nutzerführung, Gamification-Ansätze und transparente Projektbewertungen  
1312 attraktiver werden. Hierfür soll außerdem eine freie Berlin-App entwickelt und verfügbar  
1313 gemacht werden.